

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2010



**Interview: DDR wird immer fremder
Experiment „Empathie“
3. Hohenschönhausen-Forum**

Aktuell

- 3 Gitter kommen zurück
Duma erklärt Stalins Schuld
Berlin-Paß abgelehnt
Polizei-Aufarbeitung
Resolutionen

Recht

- 4 Die Gefangenenakten der DDR, Teil 3
- 5 Unterstützungsleistungen in Gefahr
Zwangslage

Thema

- 6 Interview: DDR wird immer fremder
- 7 Experiment „Empathie“

International

- 9 Fluchten und Flugblätter
Auszeichnung

Aufarbeitung

- 10 Totenbuch Sachsenhausen vorgestellt

Zeitzeugen

- 11 Nur Strohsack und Decke
Erster Advent

Berichte

- 12 „Humaner Strafvollzug“ in Hoheneck?
- 13 Hohenschönhausen-Forum
Andreasstraße – neue Runde
- 14 UOKG-Verbandtreffen

Verbände

- 15 Senioren-Union
Verschleppte Frauen
Beratungsangebote
IEDF
Fünfeichen
- 16 OEZ Berlin
Havemann-Gesellschaft
Bundesverdienstkreuz
Suchanzeigen

Service/Bücher

- 17 Inoffizielle Mitarbeiter
Die letzten 199 Tage der DDR
- 18 Vereinigungsgeschichten
- 19 Freiwild

Service/Veranstaltungen

18-19

Umschlagbild:

Gedenk- und Begegnungsstätte Torhaus Gera. Im Torhaus der einstigen politischen Haftanstalt, in der 1933 bis 1945 und 1945 bis 1989 Systemgegner inhaftiert waren, wird die Geschichte des Gebäudes in beiden Diktaturen dokumentiert. Zeitzeugenprojekte, Veranstaltungen für Schüler, Dokumentarfilme und Publikationen vervollständigen das Angebot. Im November konnte der Trägerverein Gedenkstätte Amthordurchgang das fünfjährige Bestehen der Einrichtung feiern. Gedenk- und Begegnungsstätte Torhaus Gera: Amthordurchgang 9, 07548 Gera, Tel. (03 65) 552 76 3-0, Fax -9, E-Mail info@torhaus-gera.de, geöffnet dienstags, donnerstags u. sonnabends 14.00 bis 18.00 Uhr.

Foto: Verein Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.

Tanz auf dem Vulkan

Von Horst Schüler

Schon erstaunlich, was man manchmal zu lesen bekommt. Zum Beispiel wird im „Cicero“ das Ansinnen, „deutsche Muslime sollten sich vom Irrsinn des terroristischen Fundamentalismus“ distanzieren, so konterkariert: „Keinem der 2,4 Millionen Russland-Deutschen haben wir je abverlangt, sich vom Kommunismus loszusagen...“ Ein solcher Unsinn in einem renommierten Magazin für politische Kultur, noch dazu geschrieben von dessen Chefredakteur Michael Naumann, der ja immerhin mal das Ministerium für Bildung und Forschung leitete und für die SPD in Hamburg Bürgermeister werden wollte. Einem solchen Mann sollte doch eigentlich bekannt sein, welches Leid speziell die Rußland-Deutschen unter dem kommunistischen Terrorregime Stalins zu ertragen hatten. Aber sicher weiß er es, doch das ist ihm vermutlich egal, wenn es denn nur dem dient, was wir politische Korrektheit nennen.

Zu der zählt offensichtlich auch schon, sich der eigenen Vergangenheit nicht mehr erinnern zu können. Wir nehmen's ja heute schon beinahe ohne Aufregung zur Kenntnis, daß immer wieder Menschen in Amt und Würden frühere Dienste für Mielkes Staatssicherheitsdienst nachgewiesen werden. Jüngst erst wieder Michael Richter und Renate Malchow. Letztere Landesschatzmeisterin der Linken in Mecklenburg-Vorpommern (wie kommt es wohl, daß es bei ihr nicht so sehr verwundert?), der zuerst Genannte hochangesehener Historiker im Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Und von dessen Vergangenheit als IM „Thomas“ sollen hochrangige Politiker sogar gewußt haben.

Mag sein, daß wir, die wir Kommunismus in Gefängniszellen studieren durften, das alles viel zu wichtig nehmen – jedenfalls im Vergleich zur übrigen deutschen Öffentlichkeit. Die hat ja auch genug zu tun, sich in unserer immer verrückter wer-

denden Welt wenigstens noch einigermaßen zurecht zu finden. Mit welcher Leichtfertigkeit etwa die Verantwortlichen der Europa-Union unsere Währung aufs Spiel setzen. Wie unsere Politiker beinahe täglich neue Abgaben für ihre Bürger erfinden, selbst aber trotz der Haushaltsdefizite nicht müde werden, öffentliche Gelder für allen möglichen Blödsinn auszugeben, ohne auch nur die Spur schlechten Gewissens zu zeigen. Und daß sich bei der jüdischen Claims Conference eine Bande von Betrügnern 42,5 Millionen Dollar deutsche Entschädigungsgelder angeeignet hat, wird von unseren Politikern überhaupt nicht kommentiert, obwohl, wie der SPIEGEL berichtet, das Bundesfinanzministerium bereits 2006 über Unregelmäßigkeiten informiert wurde. Und warum das so ist, dafür zitiert er Martin Stern, einen israelischen Finanzexperten: „Die Deutschen fühlen sich wegen der Vergangenheit schuldig und trauen sich deshalb nicht, den Mund aufzumachen.“

Sicher, dafür kann man sogar noch Verständnis aufbringen. Unsere Nazi-Vergangenheit wird wohl noch lange wie ein düsterer Schatten über uns liegen. Und deshalb flüchten wir uns lieber in die komische Ecke unseres öffentlichen Lebens. Eine Hauptrolle darin hat wieder einmal die 32jährige Charlotte Roche übernommen, die bereits mit ihrem Roman „Feuchtgebiete“ breite Aufmerksamkeit genoß. Nun hat sie sich bei den Atomkraftgegnern eingereiht. Und um auch dort nicht nur eine von vielen zu sein, bot sie mit Einverständnis ihres Mannes dem Bundespräsidenten an, mit ihm das Bett zu teilen. Er müsse dafür lediglich seine Unterschrift zum Gesetz über die Verlängerung der Atomkraft-Laufzeiten verweigern. Schließlich haben wir Weihnachtszeit, da werden Geschenke gern ausgetauscht. Ein frohes Fest also, und im neuen Jahr gibt es neue Kuriositäten. Wetten daß?

Gitter kommen zurück

(ma-st)Wahrscheinlich erhält die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 nun doch wieder ihre Gitterfenster aus der Zeit als Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatssicherheit zurück. Das gab die Direktorin des Potsdam-Museums, Jutta Götzmann, am 25. November bekannt. Die vor kurzem bei der Sanierung des Hauses erfolgte Demontage der Gitterfenster auf der Straßenseite hatte heftigen Protest bei Historikern und Opferverbänden hervorgerufen (8/10, S. 3), weil sie ein Auslöschen der Spuren der DDR-Diktatur bedeute. Die Museumsdirektorin bestätigte, daß ursprünglich die endgültige Entfernung der Gitter tatsächlich beabsichtigt war. Die Pläne für die denkmalgerechte Sanierung des im 18. Jahrhundert als Kommandantenhaus errichteten Gebäudes hätten bis ins Jahr 2001 zurückgereicht, und das Museum sei damals nicht einbezogen worden. ■

Duma erklärt Stalins Schuld

(afp)Siebzig Jahre nach dem Massaker von Katyn hat nun auch das russische

Parlament erstmals die Verantwortung Stalins für den Massenmord festgestellt. Anders als von der sowjetischen Propaganda behauptet, trage der Diktator Stalin und nicht Nazi-Deutschland die Verantwortung für die Ermordung Tausender Polen, heißt es in der Erklärung der Duma, die gegen die Stimmen der Kommunisten durchgesetzt wurde.

„Veröffentlichte Dokumente, die viele Jahre in den Archiven lagen, offenbaren die Tragweite dieser furchtbaren Tragödie“, erklärten die Abgeordneten. Daß die Verantwortung lange den Deutschen angelastet worden sei, habe beim polnischen Volk „Wut, Verbitterung und Mißtrauen“ hervorgerufen. 1990 hatte Präsident Gorbatschow erstmals von offizieller sowjetischer Seite die Schuld Moskau eingestanden. ■

Berlin-Paß abgelehnt

(st)Wie sich bereits durch die Empfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales sowie des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses abzeichnete, wird es den sogenannten Berlin-Paß für SED-Opfer nicht geben. Auf Antrag der Grünen sollten die mit dem

Paß verbundenen Vergünstigungen, z.B. im öffentlichen Nahverkehr, bei Kultur, Bildung und Freizeit, auch den politischen Opfern zugute kommen. Während Grüne und CDU in der Sitzung am 11. November für diese Verbesserung der Lebensverhältnisse ehemaliger Verfolgter stimmten, lehnten Linkspartei und SPD aus Kostengründen (ca. 600 000 Euro) ab. ■

Polizei-Aufarbeitung

(isa)Mit einer Gedenktafel, einer Ausstellung und einer Publikation will das Innenministerium Sachsen-Anhalts die Geschichte der Magdeburger Polizei während der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur aufarbeiten.

Unter beiden Regimes sei die Polizei an Menschenrechtsverletzungen nicht unbeteiligt gewesen, sagte Holger Hövelmann, Innenminister des Landes. Seit dem 24. November ist im Foyer seines Ministeriums eine Ausstellung zur Geschichte des Polizeipräsidiiums zu sehen. ■

Resolutionen

Bevorzugung der Täter einstellen

(st)Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat auf ihrem Verbändetreffen am 20. und 21. November 2010 in Berlin mehrere Resolutionen verabschiedet.

Seit kurzem werde deutschen Zivilisten, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert worden sind, mitgeteilt, daß sie ab dem nächsten Jahr weniger oder gar keine Unterstützung von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge erhielten. Die Bundesregierung werde eindringlich aufgefordert, die Bonner Stiftung so auszustatten, daß sie den Opfern weiter in der bisherigen Höhe helfen könne. Zudem unterstützten die Verbände eine Forderung des Bundes der Vertriebenen, den inzwischen hochbetagten ehemaligen deutschen Zwangsarbeitern endlich eine Einmalentschädigung zu gewähren.

Empört reagierten die UOKG-Mitglieder auf einen erst jetzt bekanntgewordenen Aufruf des Bundesverwaltungsamtes an ehemalige Angehörige der sogenannten bewaffneten Organe der DDR zur Sicherung von Rentenansprüchen und Anwartschaften. Diese „demonstrative Fürsorge“ sei eine erneute Bevorzugung der Täter gegenüber den Opfern. Es fehle ein vergleichbares Engagement gegenüber den Menschen, die die Last der Verfolgung, Unterdrückung und Erniedrigung des einstigen Unrechtsstaates DDR tragen und erdulden mußten. Dem Dachverband sei kein vergleichbarer Aufruf an DDR-Opfer bekannt, in denen diese aufgefordert würden, ihre „Ansprüche entsprechend offensiv gegenüber den einschlägigen Behörden zu vertreten“.

Mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz seien alle ehemaligen DDR-Flüchtlinge, in die Bundesrepublik Haftentlassene, Ausgereiste und Abgeschobene der Geburtsjahrgänge nach 1936 durch die Rückabwicklung der individuellen Eingliederung als Bundesbürger diskriminierend enteignet worden. Das Ergebnis wäre ein Absturz der Altersversorgung von DDR-Übersiedlern. Eine Lösung könne nur auf politischer Ebene erreicht werden. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, „die Eingaben nicht länger zu ignorieren, den Dialog zu suchen und die rechtsstaatliche Ordnung wieder herzustellen“.

Protest erregte bei den Verbandsvertretern auch die Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg, nach der die Anwendung körperlicher Gewalt in DDR-Heimen nicht rehabilitierungsfähig ist. „Die Begründung des Gerichts, dies hätte dem damaligen Stand der Erziehungswissenschaften in Ost und West entsprochen, läßt gleichzeitig alle derzeitigen Bemühungen zur Aufarbeitung von Mißbrauch zur Farce werden.“ Deshalb müßten die Opfer von DDR-Heimen endlich am Runden Tisch Heimerziehung berücksichtigt werden.

In weiteren Resolutionen sprachen sich die Teilnehmer des Verbändetreffens für die Nominierung Frey Kliers als neue Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen aus und forderten, kommunistischen Diktatoren wie Nicolae Ceauşescu und Josip Broz Tito das Bundesverdienstkreuz abzuerkennen.

Die Gefangenenakten der DDR / Teil 3

Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin (siehe auch Einführungsartikel, der stacheldraht, 7/2010, S. 4).

Land Mecklenburg-Vorpommern

*Justizministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Puschkinstr. 19-21
19055 Schwerin*

- **Strafvollzugseinrichtung Bützow** – Zeitraum: 1961 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Postfach 11 12 52, 19011 Schwerin; Zeitraum: 1976 bis 1993 (ab 1987 Gesundheitsakten nicht enthalten), aktueller Aufenthaltsort: JVA Bützow, Kühlungsborner Str. 29 a, 18246 Bützow
- **Strafvollzugseinrichtung Greifswald** – Zeitraum: 1976 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Stralsund, Franzenshöhe, 18439 Stralsund
- **Untersuchungshaftanstalt Greifswald** – Zeitraum: 1976 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Stralsund, Franzenshöhe, 18439 Stralsund
- **Strafvollzugseinrichtung Güstrow** – Zeitraum: 1967 bis 1990 (bis 1970 ohne Gesundheitsunterlagen; ab 1971 bis 1978 teilweise Gesundheitsunterlagen; ab 1979 vollständige Gesundheitsunterlagen), aktueller Aufenthaltsort: Verweis an das Justizministerium, Adresse siehe oben
- **Untersuchungshaftanstalt Hagenow** – Zeitraum: 1954 bis 1960 unvollständig, 1976 bis 1992, aktueller Aufenthaltsort: Verweis an das Justizministerium, Adresse siehe oben
- **Strafvollzugseinrichtung Neubrandenburg** – Zeitraum: 1986 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neustrelitz, Am Kaulksee 3, 17235 Neustrelitz; Zeitraum: Mai 1990 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg
- **Strafvollzugseinrichtung Neustrelitz** – Zeitraum: 1959 bis 1960, 1976 bis 1990 (ab 1980 vollständig), aktueller Aufenthaltsort: JVA Neustrelitz, Am Kaulksee 3, 17235 Neustrelitz

- **Untersuchungshaftanstalt Rostock** – Zeitraum: 1971 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, Zentralstelle für Technik und Beschaffung, Dezernat 1, Postfach 01 04 62, 19004 Schwerin; Zeitraum: 1976 bis 1991, aktueller Aufenthaltsort: JVA Bützow, Kühlungsborner Str. 29 a, 18246 Bützow
- **Untersuchungshaftanstalt Schwerin** – Zeitraum: 1949 bis 1960, 1970 bis 1979 (unvollständig), 1986 (8 Akten verfügbar), aktueller Aufenthaltsort: Verweis an das Justizministerium, Adresse siehe oben
- **Strafvollzugseinrichtung Stralsund** – Zeitraum: 1971 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, Zentralstelle für Technik und Beschaffung, Dezernat 1, Postfach 01 04 62, 19004 Schwerin; Zeitraum: 1976 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Stralsund, Franzenshöhe, 18439 Stralsund
- **Strafvollzugseinrichtung Ueckermünde (Berndshof)** – Zeitraum: Gefangenenkarteikarten 1969 bis 2000, aktueller Aufenthaltsort: Landesarchiv Greifswald, Martin-Andersen-Nexö-Platz 1, 17489 Greifswald
- **Strafvollzugseinrichtung Warnemünde** – Zeitraum: 1971 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, Zentralstelle für Technik und Beschaffung, Dezernat 1, Postfach 01 04 62, 19004 Schwerin; Zeitraum: 1976 bis 1993 (ab 1981 unvollständige Gesundheitsakten), aktueller Aufenthaltsort: JVA Bützow, Kühlungsborner Str. 29 a, 18246 Bützow
- **Jugendarrestanstalt Wismar** – Zeitraum: 1965 bis 1970 (ohne Gesundheitsunterlagen), aktueller Aufenthaltsort: Jugendarrestanstalt Wismar, Kellerstr. 1, 23966 Wismar; Zeitraum: 1971 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, Zentralstelle für Technik und Beschaffung, Dezernat 1, Postfach 01 04 62, 19004

Schwerin; Zeitraum: 1976 bis 1987 (teilweise Gesundheitsunterlagen), 1988 bis 1992, aktueller Aufenthaltsort: Jugendarrestanstalt Wismar, Kellerstr. 1, 23966 Wismar

Land Sachsen (1. Teil)

*Sächsisches Staatsministerium der Justiz
Hospitalstr. 7
01097 Dresden*

- **Außenstelle Altenburg (Strafvollzugseinrichtung Leipzig und Regis)** – Zeitraum: 1971 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig
- **Strafvollzugseinrichtung Bautzen I** – Zeitraum: 1953 bis 1961, aktueller Aufenthaltsort: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Archivstr. 14, 01097 Dresden; Zeitraum: 1971 bis 1990, gesonderte Gesundheitsunterlagen von 1974 bis 1986, aktueller Aufenthaltsort: JVA Bautzen, Breitscheidstr. 4, 02625 Bautzen
- **Strafvollzugseinrichtung Bautzen II** – Zeitraum 1972 bis 1990 (ab 1982 vollständig vorhanden), Akten vom MfS ab 1976, gesonderte Gesundheitsunterlagen ab 1976, aktueller Aufenthaltsort: JVA Bautzen, Breitscheidstr. 4, 02625 Bautzen
- **Strafvollzugseinrichtung Chemnitz** – Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Chemnitz, Teilanstalt Reichenhain bzw. Teilanstalt Kaßberg, Reichenhainer Str. 236, 09125 Chemnitz, bzw. Hohe Str. 21, 09112 Chemnitz
- **Haftarbeitslager Crimmitzschau** – keine Erkenntnisse, wahrscheinlich vernichtet
- **Strafvollzugseinrichtung Dresden** – Zeitraum: 1958 bis 1961 unvollständig, 1971 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Dresden, Hammerweg 30, 01127 Dresden

- **Haftarbeitslager Döbeln** – Zeitraum: keine Aussage zur Vollständigkeit, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1, 04736 Waldheim
- **Haftarbeitslager Freiberg (Strafvollzugseinrichtung Stollberg)** – Zeitraum: keine Angaben, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1, 04736 Waldheim
- **Haftarbeitslager Freital** – Zeitraum: 1963 bis 1965, aktueller Aufenthaltsort: JVA Dresden, Hammerweg 30, 01127 Dresden
- **Strafvollzugseinrichtung Görlitz** – Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Görlitz, Postplatz 18, 02826 Görlitz
- **Haftarbeitslager Himmelsmühle** – Zeitraum: 1953 bis 1963, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1, 04736 Waldheim
- **Haftarbeitslager Klotzsche** – Zeitraum: 1957 (der Buchstaben L bis M), 1956 bis 1958 Sammelakten (Name, Vorname, Geburtsdatum und

Entlassungsjahr), aktueller Aufenthaltsort: JVA Dresden, Hammerweg 30, 01127 Dresden

(Angaben ohne Gewähr; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Bereits erschienen:

Land Berlin, Nr. 7/2010, Seite 4

Land Brandenburg, Nr. 8/2010, Seite 6

Unterstützungsleistung in Gefahr

Die neuerlichen Bescheide der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn haben bei den Betroffenen, denen Leistungen ausschließlich nach dem Häftlingshilfegesetz gewährt werden (dazu zählen Rußland- und Rumäniendeutsche sowie Zivilinternierte/-deportierte), große Empörung und Verwirrung ausgelöst. Für die Zivilinternierten/-deportierten ist es unbegreiflich, daß die sowieso schon knapp bemessenen Leistungen im nächsten Jahr gekürzt werden und in Ausnahmefällen ganz wegfallen sollen – so die Mitteilung der Stiftung unter jedem Bescheid.

Nach uns vorliegenden Informationen sieht sich die Stiftung einer Flut von Anträgen gegenüber, so daß die momentan zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht ausreichen. Ein Rechtsanspruch auf diese Leistungen besteht für die oben genannte Gruppe nicht.

Auch bei sogenannten Härtefällen ist der Spielraum künftig stark eingeschränkt. Deshalb kann es in Ausnahmefällen, auch wenn keine Änderung der persönlichen Einkünfte des Betroffenen vorliegt und er bisher Leistungen erhalten hat, zu abschlägigen Bescheiden kommen.

Eine andere Lösung läßt die momentane Haushaltslage offenbar nicht zu. Die Stiftung ist weiterhin bemüht, eine Verbesserung der Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen zu erreichen. Um eine Aufstockung der notwendigen Mittel voranzutreiben, sind konzertierte Aktionen der Opferverbände notwendig. Erste Schritte sind bereits von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewalt Herrschaft UOKG in die Wege geleitet.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Zwangslage

Berufliche Benachteiligung als Folge von MfS-Maßnahmen gegen Dritte

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat das Verfahren einer Leipziger Psychologin, die in der DDR zersetzenden Maßnahmen der Staatssicherheit ausgesetzt war, an das Verwaltungsgericht zurückverwiesen. Die Betroffene machte im Klageverfahren (Verpflichtung zur Erteilung einer Beruflichen Rehabilitierungsbescheinigung) ohne Erfolg geltend, daß sie sich zur Aufgabe ihres Berufes gezwungen gesehen habe, weil sie in Folge von Maßnahmen gegen Freunde und Bekannte selbst einer Zwangslage ausgesetzt gewesen sei, der sie sich nur durch Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses und einer „Flucht unter das Dach der Kirche“ habe entziehen können. Sie selbst war jahrelang Maßnahmen des MfS ausgesetzt, weil sie oppositionellen Gesprächskreisen

angehörte. Daß die Maßnahmen seit Mitte 1979 eingestellt waren, war ihr nach eigener Aussage nicht bekannt.

Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) dient dem Ausgleich beruflicher Nachteile als Folge politischer Verfolgung. Diese muß jedoch nicht unbedingt in der unmittelbaren Zufügung eines beruflichen Nachteils bestanden haben. Eine berufliche Benachteiligung, die der Betroffene selbst veranlaßt hat, z.B. Aufgabe einer Beschäftigung, ist unter bestimmten Voraussetzungen Folge einer tatsächlichen oder angenommenen Verfolgung.

Die Aufhebung des Urteils und die Rückverweisung erfolgten, weil das Verwaltungsgericht den Begriff der Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des BerRehaG nicht vollständig geprüft hatte. Das BVerwG stellte fest, daß auch ein gegen Dritte gerichtetes Maßnahmenbündel der Staatssicherheit durchaus dazu geeignet sein

kann, eine berufliche Benachteiligung eines Unbeteiligten hervorzurufen, wenn für diesen dadurch eine Zwangslage geschaffen wird, von der er annehmen durfte, drohender eigener Verfolgung durch Aufgabe des Berufes zuvorkommen zu müssen. Auch, wenn dies von den Verfolgern gar nicht bezweckt war.

Das Verwaltungsgericht wird nun Art, Dichte und Intensität der MfS-Maßnahmen im Umfeld der Klägerin zu prüfen und aufgrund der sich ergebenden Erkenntnisse zu bewerten haben, ob sich die Klägerin wegen der gegen Freunde und Bekannte gerichteten Maßnahmen einer eigenen Verfolgung ausgesetzt sehen durfte. Auch die Vorverfolgung der Klägerin ist mit zu berücksichtigen. (Az BVerwG 3 c 40.09, 23.09.2010) Nähere Auskünfte werden in der Geschäftsstelle des BSV-Fördervereins erteilt, unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise

DDR wird immer fremder

Ein Gespräch mit Uwe Hillmer, Mitarbeiter im Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin



Foto: U. Hillmer

Uwe Hillmer: Die Schüler reden wie ihre Eltern.

stacheldraht: Sie arbeiten zur Zeit an einer Studie des Forschungsverbundes mit. Worum geht es dabei?

Hillmer: Es ist die Fortsetzung der Schülerstudie „Soziales Paradies oder Stasi-Staat?“, die wir vor zwei Jahren beendet haben, und es geht wieder um Geschichtsbilder. Diesmal erweitert auf DDR, alte Bundesrepublik, vereinigtes Deutschland und die NS-Zeit. Außerdem haben wir eine Gedenkstättenbefragung hineingenommen. Berlin-Hohenschönhausen, das Stasi-Museum Normannenstraße, die Topographie des Terrors und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas gehören dazu.

stacheldraht: Werden Sie trotz der veränderten Ausgangsbedingungen die Ergebnisse beider Studien vergleichen können?

Hillmer: Ja, aber nur begrenzt. Allerdings ist in der neuen Studie ein sogenannter Längsschnitt eingebaut. Es bedeutet, daß wir z.B. Schüler in der 9. Klasse befragen, und sie ein Jahr später noch einmal besuchen.

stacheldraht: Wann sollen die Ergebnisse vorliegen?

Hillmer: Geplant ist Ende 2011. Dann wird auch eine Publikation vorgelegt.

stacheldraht: Umfaßt die Studie alle Bundesländer oder gibt es regionale Schwerpunkte?

Hillmer: Da wir hauptsächlich mit Drittmitteln arbeiten, sind nur die Länder dabei, die sich auch finanziell beteiligen. Das sind Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen-Anhalt.

stacheldraht: Und wie wählen Sie die Probanden aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen aus?

Hillmer: Dafür gibt es einen Beirat von Vertretern der jeweiligen Bundesländer, die einzelne Städte und Schulen herausuchen. Das könnten wir auch gar nicht selbst.

stacheldraht: Besteht so nicht die Gefahr, daß Ihnen eine interessengeleitete Auswahl vorgesetzt wird?

Hillmer: Wir achten natürlich darauf, daß uns nicht nur die Sahnestückchen präsentiert werden. Da haben wir genug Erfahrung, man kann dagegen steuern.

stacheldraht: Gibt es bereits Zwischenergebnisse?

Hillmer: Ja. Natürlich liegen viele Ergebnisse erst als Rohdaten vor und sind noch nicht gerechnet worden. Aber wir führen, wie bei der ersten Studie, auch Gespräche mit den Schülern. Das ist ein wichtiges Korrektiv. Denn aus dem standardisierten Teil mit einem Fragebogen erfährt man noch nicht, was sie motiviert hat, so und nicht anders anzukreuzen. Zum Beispiel wird deutlich, daß je mehr Zeit verstreicht, diese DDR immer weiter weg rückt, immer fremder wird, da kommt es zu ganz abstrusen Ergebnissen. Allerdings, das sei ausdrücklich betont, fragen wir nicht in erster Linie Wissen ab, sondern es geht uns um Geschichtsbilder.

Stacheldraht: Was sind das für abstruse Ergebnisse?

Hillmer: In einer bayerischen Schule z.B. habe ich gefragt, wo sich rein geographisch die DDR innerhalb der heutigen Umrisse Deutschlands befand. Nach langem Zögern bestand Einigkeit, daß auf jeden Fall Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur DDR gehört hätten. Die Gründe dafür? Da kenne man niemanden, da fahre man nie hin und verstehe auch die Sprache nicht. In einem anderen Fall betraf es das Thema innerdeutsche Grenze. Die Schüler gingen davon aus, daß dort die Bundeswehr auf Ost-Deutsche geschossen habe. Hinter dieser Vorstellung stand das Bild eines westdeutschen Staates, der sich damals noch wehrte, wenn „Hungerleider“ ins Land wollten, und so sei auf Wirtschaftsflüchtlinge eben scharf geschossen worden.

stacheldraht: Das klingt, als hätten die vielfältigen Aufarbeitungsbemühungen nichts gebracht.

Hillmer: Was wissenschaftliche Aufarbeitung angeht, da gibt es kaum eine Epoche deutscher Geschichte, über die es mehr Bücher gibt. Aber man könnte als These formulieren, daß die gesellschaftliche Aufarbeitung irgendwo bei null steht. An diesem Punkt muß ich die Schüler allerdings in Schutz nehmen. Wenn man hört, was Erwachsene so äußern, daß die DDR immer mehr verniedlicht wird, da reihen sich die Schüler einfach nur ein. Sie reden halt wie ihre Eltern. Es zeigt sich ganz deutlich die Dominanz der Elternhäuser gegenüber der Schule.

stacheldraht: Haben die von Ihnen befragten Schüler den Abschnitt Deutschland nach 1945 im Unterricht schon hinter sich?

Hillmer: Die meisten haben ihn noch vor sich. Aber Vergleiche mit Klassen, die diese Zeit bereits behandelt haben, zeigen, daß die Unterschiede sehr gering sind. Gelernt wird für die nächste Leistungskontrolle. Es gibt auch Gegenbeispiele. In einem der ausgewählten Gymnasien gehört es zum Schulprofil, sich mit diesen zeitgeschichtlichen Themen Deutschlands zu beschäftigen. Das ist dort ganz normal. Entsprechend sind die Ergebnisse viel substantieller.

stacheldraht: Ist das für Sie aus pädagogischer Sicht der Königsweg, um langfristig die Resultate zu verbessern?

Hillmer: Hart formuliert wirkt es so, als habe die DDR-Propaganda im nachhinein gesiegt. Das ist sofort anders, wenn man mit den Schülern arbeitet, Seminare, Klassenfahrten nach Berlin durchführt. Dabei muß man aber unbedingt die pädagogische Hürde nehmen, den Schülern klarzumachen, warum diese ganze Geschichte sie heute etwas angeht. Dann sind die Schüler auch interessiert, beschäftigen sich mit dem Thema, fragen nach Literatur. Politische Bildung ist wirklich eine Daueraufgabe, man kann gar nicht genug davon machen. Das scheint mir ein probater Weg.

stacheldraht: Vielen Dank, Herr Hillmer.

Experiment „Empathie“

Schüler erforschen Zeitgeschichte

An der Goethe-Mittelschule in Breitenbrunn/Erzgebirge ist 2009 ein bemerkenswertes Projekt entstanden. Die Klassen 9a und 9b widmeten sich ein Jahr lang dem Frauengefängnis Hoheneck. Anhand seiner Geschichte beleuchteten sie die verschiedenen historischen Etappen der DDR und lernten das Schicksal unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen kennen. „Die Frauen von Hoheneck“ wurden in den Geschichtsunterricht der Klassenstufe 9 eingebunden. Intensive Kontakte mit Zeitzeuginnen - Mitgliedern des Frauenkreises der Hoheneckerinnen – und Besichtigungen der ehemaligen Gefängnisburg in Stollberg brachten den Schülern die Zeit der Willkür sowjetischer Besatzungsmacht nach dem Krieg ebenso näher wie die spätere Kontrolle und Überwachung durch die Staatssicherheit. Eine Exkursion führte die Projektteilnehmer in die Außenstelle Chemnitz der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Im fächerverbindenden Unterricht wurde das gesammelte Material aufbereitet, im Kunstunterricht entstanden zwei druckgraphische Serien. Mit Empathieübungen im Deutschunterricht sollten sich die Jugendlichen in die Lage der Frauen versetzen und ihre Situation in einem fiktiven Tagebucheintrag beschreiben. Einzelschicksale, Ereignisse und historische Kontexte wurden im Fach Geschichte zugeordnet und erklärt. Aus den Druckgraphiken und Tagebuchnotizen ist ein Band zusammengestellt worden. Im Vorwort schreibt die Klasse 9a: „Nur wenige Kilometer von unserem Heimatort entfernt sind so grausame Dinge geschehen. Aber keiner hat darüber gesprochen. Keiner hat etwas gewußt! Wie viel Angst mußten diese Frauen gehabt haben, über ihr Schicksal zu schweigen.“ Und im Nachwort konstatiert die Klasse 9b: „Inzwischen wissen wir, was hinter den dicken alten Mauern geschah. [...] Die Bürger von Stollberg wußten, es ist besser nicht zu fragen, nichts zu sagen oder zu sehen. Einige haben bei Esda im Frauengefängnis gearbeitet und angeblich nicht erfahren, was sich dort abspielte. Für uns ist das unvorstellbar. Aber eins ist uns klargeworden: Das System der Überwachung und Kontrolle funktionierte in der DDR perfekt.“

Die folgenden Auszüge aus den Tagebucheinträgen wurden von den Schülern datiert und auch die Namen selbst gewählt.

8.10.1949

„Langsam treiben mich die Wärterinnen und diese erdrückende Enge noch in den Wahnsinn. Ich weiß nicht mehr, was ich sagen darf und was nicht. Die Wachteln bestrafen uns für jeden kleinsten Fehler. Doch hier ist es auch ein Fehler, wenn man einen Witz erzählt oder weint. Hier darf man seine Gefühle nicht zeigen, damit nicht gezeigt wird, wie schlecht es uns geht. Ich habe hier keine Freunde, ich verstehe mich mit keiner von diesen tausend Frauen so gut, daß ich mit ihnen über meine Gefühle reden könnte. Doch langsam kann ich nicht mehr, ich muß meine Gefühle die ganze Zeit unterdrücken. Immerhin will man ja nicht auffallen. [...] Ob meine Familie auch so an mich denkt, wie ich an sie? Ich denke wirklich jede Minute, jede Sekunde am Tag an meine Familie und möchte die alten, schönen Zeiten wieder zurückhaben. Wieder mit ihnen glücklich sein, Ausflüge machen und mit meinen Kindern spielen. Doch ich habe die Hoffnung langsam verloren, daß ich in meinem Leben noch einmal hier herauskomme.“ - Sandra

14.12.1948

„Trotzdem war heute ein guter Tag; wir wurden besser behandelt als sonst. Ich weiß nicht warum, aber vielleicht hängt das auch mit der Adventszeit zusammen. Heute haben wir den 14.12., nur noch zehn Tage bis Weihnachten! Aber die Wärterinnen haben ein sehr hartes Herz – denen wird das alles egal sein! Vielleicht haben sie auch eine Lohnerhöhung erhalten... Ich habe viel Zeit zum Grübeln und Nachdenken. Weihnachten klingt toll! Weihnachten ist auch wieder Washtag. Waschen geht nur einmal im Monat, obwohl wir jeden Tag verschwitzt und dreckig sind. Und Weihnachten gibt es besseres Essen, haben mir die anderen gesagt. Ich bin erst seit drei Monaten hier.“ – Katja

15.12.1961

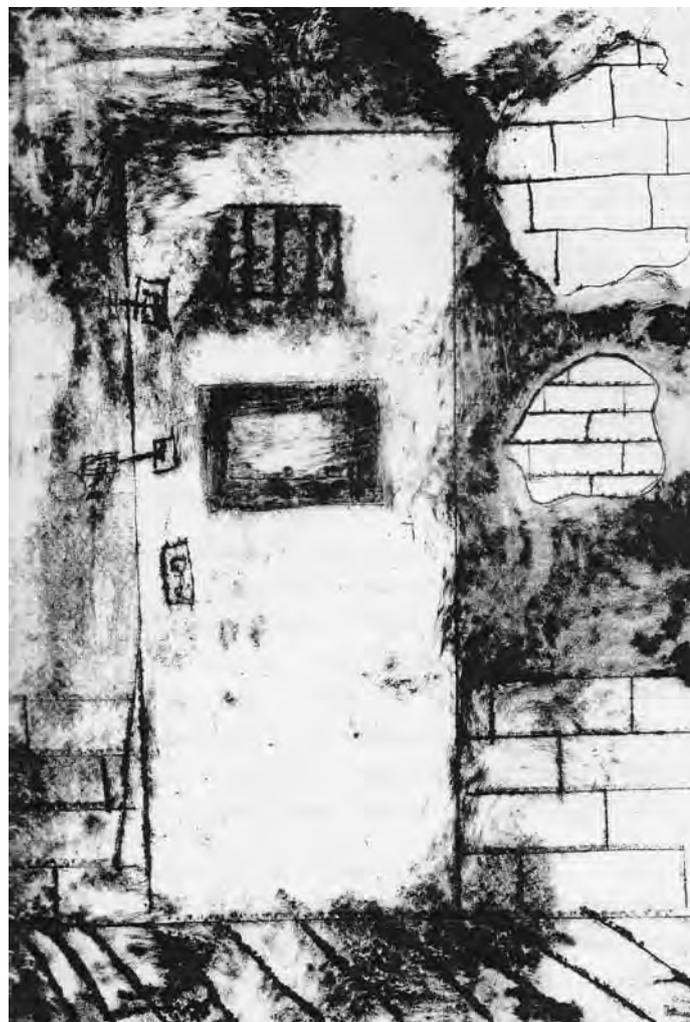
„Manchmal bete ich und hoffe auf Freiheit. Ich bete für mich, ich bete für meine Familie und ich bete für meine Freunde. Ach, ich weiß nicht mehr weiter. Wenn ich frei wäre, dann würde ich als erstes meine Familie suchen. Familie ist das Wichtigste in meinem Leben, ich hänge sehr an ihnen. Jeder sollte aus diesem

dreckigen Loch rauskommen: in diesem Gefängnis sind menschenunwürdige Bedingungen. Ich würde dafür sorgen, daß die Menschen sich nicht mehr verstecken müssen und keine Angst haben müssen.“

– Martina

27.8.1958

„Die Wärterinnen waren heute wieder besonders schlecht gelaunt. Ich habe von Beginn des Tages an darauf geachtet, sie nicht zu verärgern. Mich würde mal interessieren, wieso sie so wütend waren. Denn eigentlich hätten wir, die Häftlinge, die unschuldig hier sind, das Recht wütend zu sein. Schließlich leben wir mit 20 anderen in einer Zelle, bekommen kaum etwas zu essen, und als Toilette dient uns ein alter Eimer. Nein, sie haben kein Recht wütend zu sein! Hätte ich diesen Gedanken laut ausgesprochen, müßte ich sicher für ein paar Tage in die Naß-



„Verschlossen“, von Tobias Leischker, Januar 2009.



„Die Wärterin“, von Jeremia Franke, März 2009.

oder Dunkelzelle. Aber ich habe meinen Mund gehalten. Schon oft habe ich daran gedacht zu fliehen. Als mir einmal der Gedanke kam, erzählte ich ihn der Frau, die mit mir in einer Zelle war. Ich kannte sie schon ewig. Sie erzählte mir, daß sie zu einer der ersten Frauen in diesem Gefängnis gehört und daß die Strafen früher noch härter waren. Das konnte ich mir nicht vorstellen. Die Zeit nach dem Krieg war sicher noch härter und es gab noch weniger zu essen. Aber weißt du, was am schlimmsten ist? Die Ungewißheit; nie zu wissen, was am nächsten Tag passiert! Das ist schrecklich! Einige der Frauen hier haben Morde begangen, andere sind unschuldig. Viele Dinge hier sind eklig. Ich denke dabei an die Toiletten oder an das gemeinsame Duschen. [...] Einige Frauen sollen hier in Hoheneck heimlich ihre politische Meinung geäußert haben. Sozusagen im Untergrund. Das würde ich mir nie trauen; ich hätte viel zu viel Angst! Man könnte mich erwischen und danach noch schlimmer behandeln!“ – Sandy

7.4.1955

„Als es dann endlich soweit war, daß meine Mutter zu Besuch kam, war ich schon den ganzen Tag aufgekratzt so wie ein kleines Kind an Weihnachten. Selbst bei der Arbeit ging mir alles schneller von der Hand als sonst. Auch meine Freundinnen bemerkten, daß ich heute ganz besonders fröhlich war. Ich konnte es kaum in mir halten, es ihnen so schnell wie möglich zu erzählen. Sie freuten sich mit mir, auch wenn für sie heute kein Besuch kam denn wir hatten ja sonst nichts, an dem wir uns erfreuen konnten. Dann war es endlich so weit, „Eins fünfzig mit Hut“, die schlimmste Wärterin, die ich in Hoheneck kannte, brachte meine Mutter zu mir. Als sie mich sah, wie abgemagert, dünn und verwahrlost ich war, fiel sie vor Schreck in Ohnmacht. Ich sprang auf und wollte meiner Mutter helfen, doch die Wärterin pffiff mich zurück.“ – Niki

11.4.1959

„Die Toiletten bestehen nur aus einem Eimer mit Toilettenbrille und sie werden nur einmal am Tag geleert. Der Gestank ist unerträglich. Doch nicht nur die Toiletten haben diesen unangenehmen Geruch, sondern auch die Frauen. Denn wir dürfen nur einmal in der Woche duschen, alle zusammen. Das ist immer Drängelei. Da es nur zu Anfang warmes Wasser gibt und natürlich jeder warm duschen möchte. Ich teile mir mit noch einer anderen Frau die Zelle, wobei wir noch Glück haben, denn in einer Zelle können bis zu 24 oder sogar mehr Frauen schlafen. Meine Zellen-Mitbewohnerin heißt Heidi und wir sind schon sehr gute Freunde. Sie tröstet mich oft, denn ich vermisse meine Freunde und meine Familie. Wenn ich nur Bilder von ihnen hätte, um mir ihre Gesichter zurück ins Gedächtnis rufen zu können. Doch die bekommen wir nur zu Weihnachten. Sogar die Briefe meines Mannes werden vor meinen Augen zerrissen.“ – Melanie

10.4.1951

„Heute ist der Tag wieder mal die Hölle. Als erstes habe ich Probleme mit den Nährarbeiten. Ich versuche ja so gut wie möglich zu arbeiten, aber ich bin so müde und erschöpft, außerdem finden die Wärterinnen immer was an meinen Nähten auszusetzen. Dann mußte ich auch meine beste Freundin im Stich lassen, weil eine Mitgefängene eine Schlägerei angefangen hat und meine Freundin hineingerat-

ten ist. Helfen konnte ich ihr leider nicht, weil ich so vielleicht noch länger hier bleiben muß.“ – Floren

20.11.1950

„Ich versuche jetzt schon seit mehreren Tagen vergeblich mit den Wärterinnen zu verhandeln, um mich von der Ärztin untersuchen zu lassen, weil es mir immer schlechter geht, aber das einzige, was ich bekomme, sind falsche Versprechen und Strafen dafür, daß ich mich ärztlich versorgen lassen will. Vor zwei Tagen habe ich die so ziemlich schlimmste Strafe bekommen, die man sich als Gefangene auch nur vorstellen kann. Ich wurde in Einzelhaft gebracht und bekomme jetzt nur noch die Hälfte an Essen und Trinken als sonst und ich bin schon vor der Strafe fast jeden Tag mit knurrendem Magen eingeschlafen. [...] Besonders schlimm sind auch die letzten Nächte geworden, weil es von Nacht zu Nacht immer kälter wird und die Zellen ja auch nicht beheizt werden. In der letzten Zeit schlafe ich auch immer weniger, weil ich in den Nächten durch die fürchterliche Kälte nicht schlafen kann und tagsüber Schlafverbot herrscht und ich ja auch in der Näherei arbeiten muß.“ – Christel

12.5.1965

Es ist Mittwoch und der Tag hat schlimm angefangen. Der Kaffee war so dünn als ob ich Wasser trinke und das Brot dazu. Es war so hart, daß ich mir fast die Zähne ausgebrochen habe. Butter gibt es gar keine. Da geht es den Tieren besser. Was glauben die, wer sie sind, so etwas mir zu essen zu geben. Ich habe bald keine Kraft mehr, wenn das so weitergeht. Am Vormittag geht es in die Wäscherei und dort geht die Treiberei weiter. Die Wäsche darf ich nicht abkühlen lassen. Mit meinen bloßen Händen habe ich sie anfassen müssen und mir dabei Blasen geholt. Aber das ist noch nicht alles. Eine Blase ist aufgegangen und das Waschpulver dazu. Ich werde noch wahnsinnig, was das für ein Schmerz ist. So etwas wünsche ich niemandem, was die hier mit mir machen. Die Mittagsmahlzeit mußte ich im Stehen essen. Aber von einer Mahlzeit kann ich nicht reden. Es war nur eine Wassersuppe mit Fettaggen, 2 winzige Stückchen Gemüse und 5 kleine Nudeln. Davon soll ich satt werden. Hauptsache, diese Fettärsche haben fetten Braten.“ – Helga

Fluchten und Flugblätter

Aus Nordkorea geflohene Soldaten wollen das Regime stürzen

Vor ein paar Wochen ist der zwanzigtausendste nordkoreanische Flüchtling in Südkorea eingetroffen, gerechnet seit 1953, dem Waffenstillstand zwischen Nord- und Südteil des Landes. Für Außenstehende ist das gewiß eine geringe Zahl, gemessen an all den Umständen jedoch gigantisch und zugleich ein deutlicher Beweis, daß überall auf der Welt Menschen den Weg in die Freiheit suchen. Die Zahl junger geflüchteter Nordkoreaner – die also völlig unter der Propaganda dieser kommunistischen Diktatur aufwuchsen – hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre immerhin verdoppelt. Auffällig ist, daß der Anteil geflohener Frauen, der zehn Jahre zuvor nur annähernd die Hälfte betrug, heute bei 70 Prozent liegt. Vielleicht werden sie weniger kontrolliert.

In den kommenden Monaten wird die Zahl der Flüchtlinge aus dem nordkoreanischen „Paradies“ wahrscheinlich noch stärker zunehmen – das Land steht erneut vor einer größeren Ernährungskrise. Denn hatte die Ernte dort schon letztes Jahr eine Million Tonnen Defizit, so dürfte bei der Ernte in diesem Jahr die doppelte Menge an Getreide fehlen.

Mitte September des Jahres 2010 haben sich in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul über 200 aus Nordkorea geflüchtete Soldaten zu einer „Volksbefreiungsfront Nordkoreas“ zusammengeschlossen. Wird diese auch wegen ihrer

Gefährdung durch Spionage und Mordanschläge – die das Regime Pjöngjangs zweifellos begehen dürfte – weitgehend im Dunkeln tätig sein müssen, so tritt sie doch bereits mit einer eigenen Internetseite auf und ist über zwei Telefonnummern zu erreichen. Die Vereinigung behauptet, mit höheren Offizierskreisen jener „Demokratischen Volksrepublik“ in geheimer Verbindung zu stehen, die der Diktatur Kim Jong-Ils feindlich gesonnen seien. Ihr derzeitiges gemeinsames Ziel sei es, die Loyalität der nordkoreanischen Streitkräfte zu zersetzen und letztlich das Regime in Pjöngjang zu stürzen. Zu diesem Zweck würde man Flugblätter und Broschüren sowie Videos in das Land schmuggeln. Im Monat Oktober betrug die Auflage der auf unterschiedlichen Wegen nach Nordkorea gebrachten Flugblätter erstmals 500 000. (Das kommunistische Regime hat inzwischen gedroht, deren Basen „mit militärischer Kraft“ zu vernichten.) Daß derartiges mit verschiedenen Methoden auch gegenüber einer allumfassenden Diktatur durchaus möglich ist, kann als unbestritten gelten.

Wieviel von all dem nun Propaganda und wieviel Realität ist und wie tatsächlich die Aussichten auf Erfolg sind, wird die Zukunft zeigen – soweit die breite Öffentlichkeit davon überhaupt erfährt. Ausgesprochen bemerkenswert ist, daß hier ganz offen und überhaupt erstmals davon gesprochen wird, die nordkorea-



Foto: Privatarchiv Dr. Schlomann

Ballons mit Fracht aus dem Süden für Nordkorea. „Die nordkoreanische Bevölkerung ist Sklave der nunmehr dritten Generation der Kim-Familien-Diktatur“, heißt es auf dem zweiten Ballon v.l. Der dritte v.l. fordert die Zerschlagung jener Dynastie mit dem neuen Diktator Kim Jong-Un.

nische Diktatur zu stürzen. Diese bisher unbekannt Diktion wird auch der Regierung in Seoul und den Amerikanern aufgefallen sein. Sollte der „Friede“ im zweigeteilten Land wieder zu einem recht „Kalten Krieg“ werden?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Auszeichnung

Hohenschönhausen-Preis

(st)Am 30. November erhielt der Journalist und DDR-Experte Dr. Karl Wilhelm Fricke den Hohenschönhausen-Preis, der Persönlichkeiten auszeichnet, die sich in ganz besonderer Weise um die Aufarbeitung der SED-Diktatur verdient gemacht haben, und zum zweiten Mal vergeben wurde.

In seiner Laudatio konfrontierte Bundesminister a.D. Wolfgang Tiefensee MdB die aktuellen Auseinandersetzungen um den Charakter des SED-Staates und die Versuche der Verharmlosung kommunistischer Verbrechen mit der Lebensgeschichte des Preisträgers. Diese sei ein „erschreckend anschaulicher Beweis dafür“, daß die DDR-Justiz „eben gerade nicht unabhängig war, sondern auf Weisung der Exekutive Verurteilungen vornahm und dabei selbst die Höhe der Strafe absprach. Zudem kamen Gesetze zur Anwendung, die selbst niedrigsten rechtsstaatlichen Standards nicht standhielten.“ Der „Fall Fricke“ sei ein Lehrstück, daß den Unrechtscharakter der DDR belege.

Karl Wilhelm Fricke wurde als junger Journalist zum DDR-Staatsfeind, weil er im Westen mit gut recherchierten und hervorragend geschriebenen Artikeln über die DDR aufklärte. Wie genau er mit seinen Analysen getroffen hatte, zeigte sich 1955, als er durch das MfS von West- nach Ost-Berlin entführt, 15 Monate im Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen verhört und dann in einem Geheimplatz zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nach der Haft, von der ihm kein einziger Tag erlassen wurde, arbeitete Fricke weiter als Publizist, Autor und Leitender Redakteur beim Deutschlandfunk.

Seine zahlreichen Bücher über Staatsunrecht, politische Verfolgung und Widerstand in der DDR gelten heute als Standardwerke. Nach dem Zusammenbruch der DDR war er Sachverständiger zweier Enquetekommissionen des Bundestages, von 2000 bis 2006 Beiratsvorsitzender der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, und seit 1998 ist er Vorsitzender des Fachbeirats Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer und Gedenken der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Zur Auszeichnung herzlichen Glückwunsch!

Totenbuch vorgestellt

Eine überfällige Arbeit liegt vor: Das „Totenbuch Sowjetisches Speziallager Nr. 7/ Nr. 1 in Sachsenhausen (1945-1950)“. Am 4. Oktober 2010, zwei Jahre nach der ursprünglichen Zielsetzung, war es endlich soweit, daß die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten das bereits im Jahre 2007 in der Gedenkstätte zur Auslage gelangte Totenbuch nun als Druckwerk, erschienen beim Metropol Verlag, präsentieren konnte.

Die Veranstaltung zur Präsentation des Totenbuches und das Totenbuch selbst verdienen Aufmerksamkeit auch aus anderen Gründen. Wurde ein Weg eingeschlagen, der der teilweisen Desorientierung der Besucher – über die sowjetische Nachnutzung der Infrastruktur des Massenmordes NS-Deutschlands auf dem Gebiet der SBZ - durch die Gedenkstättenhistoriker um Prof. Günter Morsch ein Ende setzt? Steine des Anstoßes wie die topographische Versenkung des Museums „Speziallager“ hinter den KZ-Mauern und das Einkürzen des Hochkreuzes im September 2009 auf ein geringeres Maß nährten gegenteilige Argumente. Wurden der Tatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die politisch-ideologische Urheberschaft des Kommunismus für die Verbrechen, die Verlässlichkeit der Quellen für das Totenbuch, die Ursachen für den grausamen Hungertod Tausender, die Abkehr von einer zivilisierten Bestattungskultur benannt?

Am 4. Oktober kam es also sehr auf das gesprochene Wort der Vertreter der historischen Wissenschaften an. Beide, Prof. Günter Morsch und Dr. Ines Reich, blieben mit ihren Ausführungen, daß mit dem vorgelegten Totenbuch die Opfer stalinistischen Terrors belegt würden, der selbst geprägten Terminologie des Hauses treu. Die Frage, ob man nach jahrelangem Bemühen nicht zu einer gemeinsamen Klassifizierung dieser Verbrechen als Verbrechen des Kommunismus finden könne, wurde mit erneutem Verweis auf den Urheber Stalin verneint.

Wichtig wiederum für die Projektleiterin der Hinweis auf die große Sorgfalt der sowjetischen Lagerleitung/-verwaltung; 6- bis 7fache Aufzeichnungen zu den Sterbefällen seien Beleg dafür. Das Totenbuch selbst läßt diesen Schluß nach Auffassung des Verfassers nicht zu. Im 31seitigen Nachwort „Sterben und Tod im sowjetischen Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Weesow und Sachsenhausen (1945-1950)“, dem Extrakt der Forschungsarbeit, wird eine Zeitzeugen-Aussage mit sowjetischen Unterlagen abgeglichen (S. 350): „Franz Brenicke machte als Mitglied des Beerdigungskommandos detaillierte Angaben zur Vergabe der Totennummern, die durch eine Überprüfung in den sowjetischen Unterlagen bestätigt werden konnte. Die ersten Toten wurden bis zur Nummer 3000 registriert, danach

wurde wieder mit 1 begonnen und bis 4000 nummeriert, danach wieder mit 1 begonnen bis 4100. Dann wurde wiederum mit 1 angefangen.“ Warum die Zahl des letzten aufgeführten Sterbefalles – es müßte die lfd. Nr. 790 sein - unerwähnt bleibt, dürfte zu den Geheimnissen von Ines Reich gehören. Mit vorgenanntem Zählprinzip werden 11 100 Sterbefälle belegt, 790 Sterbefälle bis zur ausgewiesenen Gesamtzahl verbleiben. Zwingend also die Frage, ob weitere Listen Nr. 1 bis 4000 andernorts archiviert wurden. „Diese Vorgehensweise (gemeint sind die Sowjets – d.Verf.) zeigt, dass nicht konsequent versucht wurde, die Totenzahlen zu manipulieren.“ (S. 360)

Erwähnenswert auch die Ausführungen zu den Todesursachen. Über die Fußnote 72 (S. 352) wird die Todesursache „Dystrophie“ nahezu als Zivilisationskrankheit herunterdefiniert. Hier wäre ein Zitat aus Psyhyrembels „Klinisches Wörterbuch“ 185.–250. Auflage, S. 278 hilfreicher gewesen. Die Hungerdystrophie wird dort als Erscheinungsform in KZ und Kriegsgefangenenlagern genannt. Damit hätte man die ursächlichen Zusammenhänge des Massensterbens in Sachsenhausen hergestellt. Vielleicht waren die den Gedenkstättenhistorikern erwähnenswerten Streitigkeiten zwischen Roter Armee und NKWD um Versorgungsmengen ja eher ein Randproblem.

Der Teil „Friedhöfe“ mit 6 Fotos (S. 371-373) ohne Begleittext läuft auf eine versteckte Würdigung von Bestattungskultur hinaus, die tatsächlich eine Abkehr von jeglicher Zivilisation war.

Die Lageskizze von „L2M3 Kommunikationsdesign GmbH“ aus Stuttgart, S. 374, ist erwähnenswert allein deshalb (vgl. Ausführungen zu B. Kühle und W. Titz), weil sie Desinformation pflegt im Sinne des Hinweises „Massengräber 1945-1950“ auf dem Parkplatz vor der Gedenkstätte.

Der historischen Wahrheit näher: „Die Bundeswehr hatte tiefe Gräben in die Leichenfelder getrieben. Als ich da hineinging, sah ich mich den ein, zwei Meter hoch übereinanderliegenden Gebeinen gegenüber. Das vergesse ich nie. Es war, wie ins kalte Wasser geworfen zu werden, schlimmer noch.“ (Günter Morsch im Interview mit dem „Stacheldraht“, Nr. 4/1996)

Reinhard Dobrinski



Foto: Dobrinski

Bei der Präsentation des Totenbuches: Ines Reich und Günter Morsch.

Den weiteren Ausführungen sei vorangestellt, daß diese Arbeit im doppelten Sinne des Wortes Anerkennung verdient. Für das größte der insgesamt 11 Speziallager des NKWD auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit seinen insgesamt 60 000 Internierten haben die Gedenkstättenhistoriker nunmehr eine moralische und gesellschaftliche Pflicht eingelöst, indem sie den 11 890 Toten nach mehr als sechs Jahrzehnten die aufgezwungene Anonymität genommen haben und Hinterbliebene endgültige Gewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen erlangen können. Vier Jahrzehnte Unterwerfung unter das Kartell des Schweigens - die offiziell von der DDR verordnete Haltung zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen des Kommunismus - waren für die Überlebenden und Hinterbliebenen eine individuelle Last unermeßlichen Ausmaßes. DDR-Historiker wagten Wortmeldungen zu diesem vom Historischen Materialismus geächteten Thema erst, nachdem der Arbeiter-und-Bauern-Staat in Agonie verfallen war. Erwähnenswert erscheint dennoch die 1990 erschienene Arbeit „Speziallager Nr.7 Sachsenhausen 1945-1950“ von Barbara Kühle und Wolfgang Titz (damals Mitarbeiter der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen); allein deren Lagepläne zum KZ/ Speziallager Sachsenhausen und zu den Massengräbern hätten das vorgelegte Totenbuch bereichern können. Dort erscheinen sie jedoch nicht einmal als Fußnote.

Nur Strohsack und Decke

Untersuchungshaft der Staatssicherheit in den 50er Jahren

Im Juni 2009 nahm ich an einer Gedenkveranstaltung in Chemnitz teil.

Im Vorfeld wurde eine Besichtigung des berühmten ehemaligen Stasi-Gefängnisses Kaßberg durchgeführt, der ich mich anschloß. Beim Rundgang fragte ich den Leiter, der uns über das Gelände führte, was er von den Greueln der Staatssicherheit und der russischen Besatzungsmacht der 1950er Jahre wisse. Die Antwort war kurz und bündig, er wisse aus dieser Zeit überhaupt nichts. Er setzte hinzu, ich wüßte darüber mehr und könnte ihm davon berichten.

Von 1951 bis 1953 wurde ich von der Staatssicherheit beschattet, verfolgt und dreimal verhaftet. Es begann am 21. Dezember 1951 mit der Verhaftung und Verschleppung als 19-Jähriger durch drei Stasi-Leute und zwei Russen aus meinem Elternhaus. „Verschleppung“ deshalb, weil meine Eltern ein halbes Jahr nicht wußten, wo ich war, und auch ich selbst wußte nicht, wo ich mich befand.

Sechs Monate saß ich in Einzelhaft. Ein Strohsack und eine Decke waren meine Schlafstelle. Außerdem waren nur ein Kübel für die Notdurft und ein Stuhl vorhanden. Die Zellen waren unbeheizt und deshalb im Winter eiskalt. Es gab kein Tageslicht, nur Tag und Nacht die Anstrahlung durch eine extrem helle Lampe.

Die ganze Zeit hatte ich kein Wasser zum Waschen und keine Wäsche zum Wechseln. Meine Kleidung löste sich immer mehr auf und verfaulte an meinem Körper. Ich bekam überall Krätze, die ich mit dem schaumigen Getränk, das Kaffee genannt wurde, selbst behandelte. Es war ein starker eitriger Ausschlag am ganzen Körper. Ich erhielt weder Medikamente noch sonst ärztliche Versorgung.

Das Essen war sehr oft ungenießbar. Es bestand aus verschimmeltem Kommißbrot und ungewaschenen Pellkartoffeln sowie dem schaumigen „Kaffee“, der

ebenfalls nicht genießbar war. Meine Zelle durfte ich sechs Monate lang nicht verlassen, außer zu Vernehmungen. Der Name meines Vernehmers war „Zeisig“.

Bei einer dieser Vernehmungen kam es zu einer Auseinandersetzung. Zeisig hatte auf seinem Schreibtisch alle möglichen Speisen, wie Orangen, Bananen, Wurst und Brötchen ausgebreitet. Auch Bier stand dabei. Er sagte zu mir: „Du kannst das alles haben, du mußt nur unterschreiben!“ Da drehte ich durch und hob den Schemel hoch, weiter kam ich gar nicht, denn ich wurde sofort brutal zusammengeschlagen und in meine Zelle zurückgeprügelt. Wir wurden nicht wie Menschen, sondern als Verbrecher und Staatsfeinde behandelt – von den seelischen und körperlichen Spätfolgen ganz zu schweigen.

Nach Schilderungen eines ehemaligen Inhaftierten, der auch bei der Besichtigung im Juni 2009 anwesend war und als 19-Jähriger in den 1960er Jahren einsaß, sollen die Verhältnisse zu dieser Zeit etwas besser gewesen sein. Die russische Besatzungsmacht hatte damals die Führung des Zuchthauses bereits übergeben.

Im Anschluß an die Untersuchungshaft wurden wir nach Erfurt gebracht. Wir waren sieben Gefangene. Zum ersten Schauprozess vor der großen Strafkammer des Landgerichts Erfurt kam es am 17. Juni 1952. Das Strafmaß war aber bereits von der Staatssicherheit in Chemnitz festgelegt worden.

In den Medien und von der Politik ist heute über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Kommunisten und Sozialisten der 50er Jahre nahezu nichts zu hören. Ist das gerecht oder richtig? Ich frage mich, warum bei der Führung durch die ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Chemnitz darüber nichts berichtet wird und wo da die Aufarbeitung bleibt.

Wolfgang Heilmann

Erster Advent

Eine Kerze tropft ihr
Wachs wie Tränen
auf ein kleines Zweiglein Tannengrün.
Wenn wir in die Flamme starren –
ziehen Bilder auf –
die lodern und verbrennen.

Eine alte Frau steht in dem Zimmer,
weiß das Haar – die Augen freudeleer.
Und ein Kind blickt in den Kerzenschimmer,
das kennt lange schon kein
Kinderlachen mehr.

Eine Männerhand
greift aus den Flammen.
Nach dem Herzen –
das ahnt alte Lieder;
fremd geworden ist das Wort
„Zusammen“
und die Kerze tropft und tropft hernieder.

Und die Tränen wollen müde werden,
ihre Schwingen macht der Nebel schwer.
Wer sprach einst von
Frieden auf der Erden –
Das ist wohl schon lange her!

Dennoch ist Advent!
- Und brennt ein einzig
Licht unserer Sehnsucht,
die nur Tränen kennt.
Herz, vergiß die kleine Kerze nicht –
Schwester wird sie dir –
sie weint und brennt.

Lexi Wiese

(entstanden im Frauenzuchthaus Hoheneck)

*Ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest
und ein gesundes neues Jahr wünscht allen
Leserinnen und Lesern*

Die Redaktion

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig
Flurstück 439, 04827 Machern
Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker
Öffnungszeiten: jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr
Bürgerkomitee Leipzig e.V.
Tel. (03 41) 961 24 43
Fax (03 41) 961 24 99

War doch alles halb so schlimm?

Dieter Winderlichs „humaner Strafvollzug“

Dieter Winderlich war begeisterter „Volkspolizist“ der ersten Stunde und eingefleischter Marxist-Leninist. Beide Überzeugungen vertritt der ehemalige Generalmajor und, nach Karl Maron und Friedrich Dickel, letzte Anführer der Deutschen Volkspolizei noch heute. Man kann das nachlesen in einem Artikel, den er zum 65. Jahrestag der Gründung der „Volkspolizei“ - aus der später, als sie noch Kasernierte Volkspolizei hieß, die Deutsche Grenzpolizei als Vorläufer der DDR-Grenztruppen, das Ministerium

wurde. Diese Dokumentation über Frauenschicksale im Zuchthaus Hoheneck, das hoch über der Stadt Stollberg/Erzgebirge liegt und seit 1950 unter Aufsicht der „Volkspolizei“ stand, war ein erschütternder Bericht darüber, wie politische Gefangene von einer ideologisierten Wachmannschaft behandelt wurden, bis sie schließlich nach Karl-Marx-Stadt auf den Kaßberg überführt und vom Westen freigekauft wurden. Darüber gibt es eine ganze Reihe von Büchern wie Ulrich Schachts „Hohenecker Protokolle“, die Haftberichte Ellen Thiemanns „Stell dich mit den Schergen gut“ und Eva Maria Neumanns „Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit“ sowie die von Dorothea Ebert mit ihrem Bruder Michael Proksch verfaßte „Geschichte einer Republikflucht“ mit dem Titel „Und plötzlich waren wir Verbrecher“.

Dieter Winderlich kennt diese Bücher alle nicht, er will sie offensichtlich auch nicht kennen, denn die „Volkspolizei“ erscheint dort nicht gerade in einem günstigen Licht. Ein Buch freilich hat er offenbar gelesen. Es trägt den Titel „Die bröckelnde Festung“ und wurde geschrieben von der Erfurter Autorin Gabriele Stötzer, Jahrgang 1953, die 1988/89 ein Jahr gesessen hat wegen „Staatsverleumdung“, davon sieben Monate in Hoheneck. Sofort nach der Haftentlassung 1989 ist sie nach Ost-Berlin zu Christa Wolf gefahren, wo sie der ahnungslosen Schriftstellerin ausführlich berichtete über die Zustände in DDR-Zuchthäusern wie Hoheneck. In ihrer Erzählung „Was bleibt“ hat Christa Wolf von dieser unerwarteten Begegnung erzählt.

Dieses Buch gefällt Dieter Winderlich, hier kann er ausführlich Stellen zitieren über das segensreiche Wirken der „Volkspolizei“ und ihre „humane“ Einstellung zu den Gefangenen: „In den Paketen ließ sie sich Parfüm, Zahnbürsten, Wimpernspiralen, Deostifte, Lidschatten und Schreibwaren schicken... Zum Sprecher wechselten Äpfel, Zitronen, Erdbeeren, Kirschen, Himbeeren über das Jahr hin zu Pampelmusen, Bananen und Apfelsinen.“ Es mag sein, daß es im letzten DDR-Jahr, als der Untergang des Sozialismus absehbar war, solche Dinge gegeben hat. Schließlich hatten 1983 UNO-Kommissionen einige DDR-Haftanstalten besichtigt und

erhebliche Mängel festgestellt, die dann beseitigt wurden, weil der SED-Staat nach internationaler Anerkennung lechzte. Dennoch blieben die Gefangenen für die Wachmannschaft „Staatsfeinde“, denen das Leben schwer gemacht wurde.

Dieter Winderlich, der im DDR-Innenministerium für die Überwachung des Strafvollzugs zuständig war, verschweigt härtere Schilderungen des Haftalltags in diesem Buch, die es selbstverständlich auch gibt. Weil er in einigen Textpassagen dieses „beeindruckenden Buches“ (Dieter Winderlich) den „humanen Strafvollzug“ angeblich bestätigt findet, stellt er alles in Abrede, was in der TV-Dokumentation von 2009 angeführt wird. Daß die Wasserzellen im Zuchthauskeller von Gabriele Stötzer nicht erwähnt werden, deren Existenz aber von anderen Gefangenen bestätigt wurde, ist für ihn Beweis genug, daß es sie nicht gab, jedenfalls nicht in der Funktion, aufsässige Gefangene zu bestrafen. Er argumentiert so: „...ist ein Nachbau und wurde für Filmaufnahmen über die Nazizeit geschaffen.“ Den Titel des Films freilich, der angeblich dort gedreht wurde, nennt er nicht, weil es ihn nicht gibt, abgesehen davon, daß sich eine solche Wasserzelle im DEFA-Studio in Potsdam-Babelsberg leichter und billiger hätte nachbauen lassen!

Noch unglaublicher aber wird der „Genosse Generalmajor“, wenn er die politischen Gefangenen im DDR-Strafvollzug mit zwielichtigen SED-Kriminellen vergleicht wie Egon Krenz, dem letzten Staatsratsvorsitzenden, und Klaus-Dieter Baumgarten, dem Anführer der DDR-Grenztruppen. Die waren wegen Totschlags (leider nicht wegen Mordes!) verhaftet und zu jeweils sechseinhalb Jahren verurteilt worden und nicht, weil sie einen politischen Witz („staatsfeindliche Hetze“) erzählt hatten oder „illegal“ ausreisen („Republikflucht“) wollten. Die DDR-Gefangenen waren auch nicht, wie Egon Krenz, in einem, verglichen mit Hoheneck, Hotel mit eingeschränktem Ausgang untergebracht, sie wurden auch nicht vorzeitig begnadigt und schrieben dann keine weinerlichen Bücher über das erlittene „Unrecht“ wie Egon Krenz mit seinen „Gefängnis-Notizen“.

Jörg Bernhard Bilke



Hochaufragend über Stollberg die Gefängnisburg Hoheneck.

für Staatssicherheit und 1956 die Nationale Volksarmee hervorgingen - am 1. Juli 2010 veröffentlicht hat. Dort schwärmte er von der „antifaschistischen Polizei des Volkes“, in der „junge Arbeiter und Bauern“ gedient hätten. Daß diese Polizeitruppe von 80 000 Mann auch eine gut ausgerüstete Bürgerkriegsarmee war, um Aufstände und Unruhen bei wachsender Unzufriedenheit des hinter der Mauer eingesperrten Volkes niederzukämpfen, schreibt er nicht.

In der Zeitschrift „RotFuchs“, einem neostalinistischen Blättchen, das seit 1999 in Berlin erscheint, hat Dieter Winderlich im Februar dieses Jahres unter dem Titel „Was geschah in Hoheneck?“ klassenkämpferisch Stellung bezogen gegen die Spiegel-Dokumentation „Eingesperrt, um frei zu sein“, die am 14. November 2009 vom Fernsehsender Vox ausgestrahlt

Wie Diktaturen funktionieren

„Unvergleichbar? Nationalsozialismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert“ –
3. Hohenschönhausen-Forum am 8. November 2010 in Berlin

Darf man den Terrorismus und die Verbrechen der Nazis mit denen der Kommunisten vergleichen? Nein, heißt es oft, dies bedeute eine Relativierung des Holocaust. Dr. Hubertus Knabe sagte in seiner Eröffnungsrede zum 3. Hohenschönhausen-Forum, im Internet werde sogar ein sogenanntes 11. Gebot verbreitet: „Du sollst nicht vergleichen.“ Daß vor allem in Linksparteien und bei der sogenannten Antifa diese These gilt, dient der Verharmlosung der eigenen Verbrechen. Ralph Giordano hat dies einmal die Internationale der Einäugigen genannt.

Anlaß also genug, sich diesem Thema zu stellen. Denn zwei verbrecherische politische Systeme miteinander zu vergleichen bedeute nicht, sie gleichzusetzen. Sie miteinander zu vergleichen heiße nichts anderes, als das Funktionieren zweier Diktaturen verstehen zu lernen.

Um es vorweg zu nehmen: Dieses Hohenschönhausen-Forum war eine bemerkenswerte Veranstaltung, die es wert gewesen wäre, von den deutschen Medien stärker wahrgenommen zu werden. Die Berliner Öffentlichkeit hatte wohl ein besseres Gefühl dafür, war doch der Saal in der Gedenkstätte bis auf den letzten Platz besetzt, und wurde das Publikum doch Zeuge wissenschaftlich hoch angesiedelter Diskussionsrunden und Referate. Das begann bereits mit dem „Erfahrungsbericht eines DDR-Bürgers“ von Dr. Ehrhart Neubert, der deutlich machte, wie sehr auch und gerade die Kommunisten in der DDR ehemalige Anhänger des Nationalsozialismus für sich zu gewinnen trachteten. Er zitierte eine solche Werbeaktion

des SED-Kreisverbandes Sonneberg: „Du bis unser Mann. Was Hitler dir versprochen, aber nie gehalten hat, das wird die SED dir geben.“

In der ersten Gesprächsrunde hieß es: „Die Ideologie – Kommunistische und nationalsozialistische Politikvorstellung im Vergleich“. In der zweiten wurde die Praxis beider Herrschaftsmethoden miteinander verglichen, und in der dritten ging es um das Erbe, also um den Umgang mit Nationalsozialismus und Kommunismus heute. In allen Beiträgen wurden Ähnlichkeiten und Unterschiede beider Systeme angesprochen, der Klassenkampf des einen und der Rassenkampf des anderen. In beiden waren die Gegner Todfeinde, die vernichtet werden mußten. Große Gemeinsamkeiten zwischen beiden Systemen gab es vor allem bei der starken Rolle, die die Geheimpolizei spielte, beim Errichten von Konzentrationslagern, beim Terror, der auch gegen eigene Leute geführt wurde, und besonders bei der allgemeinen Rechtsunsicherheit.

Um die Gleichheit in der Propaganda beider Systeme ging es auch in der „Hohenschönhausen-Rede“, gehalten von Vaira Vīķe-Freiberga, der ehemaligen Präsidentin Lettlands. Sie veranschaulichte dies mit vielen Plakaten, die oftmals nicht nur vom Inhalt her, sondern auch in der Ausführung kaum zu unterscheiden waren, wengleich die Ziele differierten. In ihrer Rede sprach sie die Erlebnisse der älteren Generation an und sagte: „Wir dürfen nie vergessen, was die Menschen alles durchgemacht haben, wir müssen versuchen, zu verstehen und uns selbst zu verstehen,



Foto: N. Radlitz

Ort des Forums – die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

unsere Gesellschaft, damit sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.“

Auf dem Podium diskutierten: Die Berliner Historiker Dr. Ernst Piper, Prof. Dr. Jörg Baberowski, Prof. Dr. Andreas Nachama, Dr. Hubertus Knabe, Prof. Dr. Klaus Schroeder, die Passauer Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Barbara Zehnpeffnig, der Chemnitzer Prof. Dr. Eckhard Jesse, der in Tschechien lehrende polnische Philosoph Prof. Dr. Karol Sauerland, der Münchner Historiker Prof. Dr. Horst Möller und der aus Riga gekommene Historiker Dr. Valters Nollendorfs. Moderatoren waren die Journalisten Sven Kellerhoff, Dr. Norbert Seitz und Dr. Stefan Meining. - Das Abschlußreferat „Bilanz und Ausblick“ hielt Andreas Kleine-Kraneburg, Leiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin, die auch Mitveranstalter des Forums war.

Horst Schüler

Andreasstraße - neue Runde

Die Gedenkstätte Andreasstraße in Erfurt ist eine Baustelle. Schuppen, Garagen und ein Stasi-Bau von 1987 sind abgerissen, die Gefängnismauer hat neue Öffnungen bekommen, der gesamte Untergrund wurde erneuert. So erhält das Haus ein gutes Fundament. Im Frühling geht es ans Dach und die Innensanierung.

Am Konzept für die zukünftige Gedenkstätte und ihre Dauerausstellung wurde am 3. Dezember weiter gearbeitet. Einer vom Kultusministerium berufenen

Arbeitsgruppe lagen zwei Konzepte vor. Eine Berliner Ausstellungsmacherin hatte im Auftrag des Kultusministeriums einen Vorschlag unterbreitet, nach dem in chronologischer Folge unter dem Leitmotiv „Unterdrückung und Freiheit“ die SED-Diktatur den Nachgeborenen verdeutlicht werden soll. Die beiden Häftlingsverbände VOS e.V. und Freiheit e.V. hatten ihrerseits ein Konzept erarbeitet. Anhand von Häftlingsbiographien wird über die Kommunistisierung und die Gleichschaltung der Blockparteien nach 1945, über

Wehrdienstverweigerung, Grenzregime, Ausreisebewegung, über jugendliche Subkulturen, alternative Kunstszene, Opposition und Widerstand berichtet. Haftbedingungen und politische Verfahren sollen in Zeitzeugnissen veranschaulicht werden. Die Arbeitsgruppe hat nun beschlossen, daß eine kleine Redaktionsgruppe mit den Autoren beider Konzepte diese Ansätze zusammenführen und ein Konsenskonzept erarbeiten soll. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, erstmals wird die inhaltliche Kompetenz der Zeitzeugen und der bisherigen Gedenkstättenarbeit ernst genommen.





Foto: Andrea Heitz

Abriß im Mai 2010.

Allerdings sind damit noch nicht alle Sorgen erledigt. Im Thüringer Kultusministerium gibt es niemanden, der sich kom-

petent und hauptamtlich um die entstehende Gedenkstätte kümmert. Eigentlich soll das eine Stiftung im Ministerium tun. Die hat aber kein eigenes Personal. Dabei war 2010 genug Geld dafür vorhanden. 60 000 Euro standen zur Verfügung, davon wurden nur knapp 25 000 Euro ausgegeben.

Der Freiheit e.V. hatte Anfang des Jahres das Gefängnis symbolisch mit einer kleinen Gruppe ehemaliger politischer Gefangener besetzt. In den daraus folgenden Verhandlungen forderte der Verein, jemanden für den Gedenkstättenaufbau anzustellen, der am Konzept arbeitet und die Interessen der Gedenkstätte beim

Bauherrn vertritt. Staatssekretär Deufel lehnte dies ab. Man habe kein Geld dafür und keine Stelle im Stellenplan. Nun fallen 35 000 Euro zurück an den Staatshaushalt, was die Finanzministerin sicher freut. Der Architekt hat zu Recht gemahnt, daß bis zum Frühjahr, wenn es an die Planung des Innenausbau geht, das Ausstellungskonzept vorliegen muß. Die Häftlingsverbände sind konstruktiv an der Arbeit und deshalb enttäuscht, daß das im Ministerium keinen interessiert.

Hildigund Neubert
Landesbeauftragte für die
Stasiunterlagen in Thüringen

Sitzung mit Außentermin

Verbandstreffen der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG am 20. und 21. November 2010 in Berlin

(st)Die kurzfristig notwendig gewordene Umstellung der geplanten Tagesordnung führte zu einem von den meisten Teilnehmern sehr begrüßten Ergebnis: eine Führung über das Außengelände der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße. Auch wenn der Ausbau der Anlage noch nicht abgeschlossen ist, sind doch Gesamtkonzept und Struktur der wichtigsten Areale bereits klar zu erkennen. In einer anschließenden Gesprächsrunde mit dem Kurator Dr. Gerhard Sälter äußerten die Verbandsvertreter allerdings nicht nur Lob. Nahezu einhellig war die Auffassung, die „Rostmauer“, eines der ältesten Gestaltungselemente, lasse die Höhe der authentischen Mauersegmente im Vergleich fast niedlich erscheinen. Kritisiert wurde auch, daß die Gestaltung kaum einen Eindruck vermittele, „wie es wirklich war“, und dadurch die Einfühlung wenig angeregt würde. Dem Argu-

ment, daß das Ausmaß des Schreckens der Mauer nicht visualisiert werde, begegnete Sälter mit Verweis auf Pläne der Gedenkstätte, im Zuge des weiteren Ausbaus großflächige Bildtafeln anzubringen. Den Mangel an Zeitzeugen bei Führungen sah er ausgeglichen durch Zeitzeugengespräche in Seminaren, die seine Einrichtung anbiete.

Im Bericht des Vorstandes konnte Vorsitzender Rainer Wagner wieder die hohe Anerkennung des Dachverbandes in Politik und Teilen der Gesellschaft konstatieren. Dies sei auch auf die vielfältigen Aktivitäten der letzten Monate zurückzuführen, wie z.B. in der Debatte um den „Unrechtsstaat DDR“, um das fragwürdige Computerspiel zur innerdeutschen Grenze, um das NVA-Manöver im Oktober dieses Jahres und den Einsatz der UOKG für ein Verbot des Zeigens kommunistischer Symbole in der Öffentlichkeit. Ebenso gehörten dazu die Herausgabe von Redebeiträgen des UOKG-Kongresses 2009 über haftbedingte Gesundheitsschäden, eine Abendveranstaltung zum Verhältnis von MfS und SED sowie der diesjährige Kongreß mit einer Bilanz von 20 Jahren Aufarbeitung. Problematisch sei hingegen, daß die wachsende Fülle der Aufgaben ohne eine hauptamtliche Geschäftsführung kaum noch zu leisten sei. Die Chancen auf institutionelle Förderung wären aber nur gering. Ernst O. Schönemann ergänzte den Bericht mit vielen Beispielen der Teilnahme von Vorstandmitgliedern an politisch wichtigen Veranstaltungen, darunter besonders an

Protesten gegen die Misere der rot-roten Koalition in Brandenburg.

Als Gast eingeladen war diesmal Hartmut Büttner, CDU-Bundestagsabgeordneter a.D., der heute Sprecher des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasiopfer ist. Sein Thema war die Entwicklung der Rehabilitation seit der Wiedervereinigung. Büttner erläuterte die vielfältigen Schwierigkeiten bei der Entstehung der Rehabilitierungsgesetze 1990 bis 1994, betonte aber auch die wichtige Rolle der Opferverbände bei der Entscheidungsfindung. Ein generelles Problem z.B. blieben noch immer die Fristen bei der Antragstellung auf Rehabilitation. Er sei für eine völlige Entfristung. Die unlängst erfolgte Verlängerung bis 2019 erfordere es, jetzt möglichst viele Opfer dazu zu bringen, Anträge zu stellen. Die Opferrente sei ein guter, aber auch „äußerst bescheidener Schritt“, der im Sinne der Opfer gemacht wurde. Es komme darauf an, die Opferinteressen zu bündeln und wenige klare Forderungen gemeinsam zu erheben. Man müsse die „immer wieder gleiche Melodie auf verschiedenen Instrumenten spielen“.

Die Teilnehmer des Treffens verabschiedeten mehrere Resolutionen (s. S. 3) und nahmen auch einen neuen Verband in die Reihen der UOKG auf: die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF)e.V. (s. S. 15)

Das nächste Treffen ist für den 26./27. März geplant.



Foto: N. Radlitz

Verbandsvertreter auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer.

DDR-Aufarbeitung in Schulen verbessern

So lautete der Antrag der Senioren-Union der CDU, der anlässlich der 13. Bundesdelegiertenversammlung in Recklinghausen am 25. und 26.10.2010 beschlossen wurde.

Er richtet sich an die Politik - d.h. an alle Landtagsfraktionen, an den CDU-Generalsekretär sowie an die Kultusminister der Länder - und fordert, die Geschichte des Kommunismus/Stalinismus und dessen Opfer seit 1945 in Deutschland deutlicher öffentlich aufzuarbeiten, besonders:

- die Taten des DDR-Unrechtsstaates sowie des Stalinismus von Kriegsende 1945 an verpflichtend im Schulunterricht altersgerecht und wahrheitsgetreu zu vermitteln mit der Möglichkeit von Zeitzeugenberichten und authentischen Dokumentationen,
- verpflichtende Besuche von Schülergenerationen in Gedenkstätten der kommunistischen Diktatur einzuplanen.

Die in vielen Bundesländern existierenden Lehrbücher behandeln leider auf zu wenigen Seiten das Thema DDR-Unrechtsstaat und die Verbrechen der Roten Armee bei Kriegsende. 21 Jahre nach Mauerfall, 20 Jahre nach Wiedervereinigung und der Öffnung relevanter Archive sollten Schulen mit besserem und ausführlicherem Material ausgerüstet sein, um die erschreckenden Wissenslücken der Kinder und Jugendlichen zu füllen.

Sybille Krägel

Hilfe geleistet

Die 1944/45 zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportierten deutschen Zivilisten – vornehmlich Frauen und Mädchen – gelten als besonders benachteiligte Opfergruppe. Sie sind bei nahezu allen Entschädigungsregelungen unberücksichtigt geblieben.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG konnte im Jahr 2010 einigen ehemals Zivildeportierten in besonderen finanziellen Notlagen helfen. Ermöglicht wurde dies durch Menschen, die auf ihrer Spende für die UOKG „Für Zivildeportierte“ notiert hatten.

Theo Mittrup

Beratungsangebote

(rg)Am 6. Dezember erschien die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegebene 5. erweiterte und überarbeitete Auflage der Broschüre „Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR“.

Die Übersicht verzeichnet Anschriften und Ansprechpartner all jener Initiativen, Vereine, Verbände und staatlichen Stellen, die auf die eine oder andere Weise Opfern politischer Verfolgung juristische, psychologische und soziale Hilfe anbieten.

Die Broschüre kann in der Bundesstiftung Aufarbeitung per Post (Kronenstr. 5, 10117 Berlin) oder E-Mail (r.gleinig@stiftung-aufarbeitung.de) angefordert werden.

Zwischenbericht Rentenunrecht

(cl-st)Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) bedankt sich herzlich bei all denen, die ihre Petition unterzeichnet und an den Bundestag geschickt haben (s. stacheldraht 6/2010, S. 4, „Renten-Schock“). Laut Auskunft des Petitionsausschusses gehen täglich neue Petitionen ein. Weitere Zusendungen würden das Anliegen unterstützen und sind von der Interessengemeinschaft sehr gewünscht.

Die Petition befindet sich in der parlamentarischen Prüfung. Im Bundesministerium für Soziales und Arbeit liegen, nach Auskunft des Petitionsausschusses, die Zahlen zu den Betroffenen vor, diese sollen dem Ausschuss übergeben werden. Dann erfolgt die Beschlußempfehlung, und anschließend haben die Parlamentarier zu entscheiden. Die IEDF hat alle Mitglieder des Petitionsausschusses noch einmal angeschrieben, ebenso die Vorsitzenden der Ausschüsse Recht, Soziales und Inneres, die Sozialministerin, die Justizministerin und das Kanzleramt. In diesen Schreiben wird abermals die Sachlage zum Fremdrentengesetz für die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration vor dem Mauerfall erläutert.

Auch die Direktoren der Rentenversicherung Bund sind mehrmals auf das rentenrechtliche Problem der Flüchtlinge hingewiesen worden anhand einer ausführlichen Analyse der Gerichtsurteile und

des Rechtsstandes zum Fremdrentengesetz. In persönlichen Gesprächen, Briefen und E-Mails hat die IEDF viele Mitglieder des Deutschen Bundestages um Unterstützung gebeten.

Die Interessengemeinschaft erwartet eine rentenrechtliche Regelung, die den Flüchtlingen im Sinne des Status quo ante (vorheriger Zustand) gerecht wird. Die Debatten darüber laufen.

Weitere Petitionen können die Vorgänge positiv beeinflussen. Der Text kann bei der UOKG angefordert oder auf der IEDF-Internetseite <http://www.flucht-und-ausreise.info> (Startseite rechts, unter Aufruf, als pdf-Datei) heruntergeladen werden.

Treffen der Fünfeichener

(RLü)Wie in jedem Jahr fand sich auch im Herbst 2010 ein Teil der noch lebenden ehemaligen Häftlinge des Speziallagers Nr. 9 Neubrandenburg/Fünfeichen zum traditionellen Kameradschaftstreffen in Neubrandenburg zusammen. Über 80 Teilnehmer kamen trotz ihres hohen Alters zum zweiten Mal in diesem Jahr nach Neubrandenburg, um vor allem den neuen Film „Vergeben, aber nicht vergessen“ gemeinsam auf der großen Leinwand anzusehen und nach anschließender Diskussion zur Vervielfältigung für alle Mitglieder, aber auch andere Interessenten, freizugeben. Der Film wurde hauptsächlich mit einigen ehemaligen Gefangenen während des letzten Rundganges im April 2010 durch das Lagergelände Fünfeichen gedreht. Zwei von ihnen, einer vom Nord- und einer vom Südlager, berichten über ihre Erlebnisse dort. Am südlichen Gräberfeld der Internierten erzählt ein ehemaliger Häftling, wie das einem verstorbenen Kameraden gegebene Versprechen, seine 24 Gedichte der Ehefrau zu übergeben, eingelöst wurde. Einen weiteren Schwerpunkt des Filmes bildet das Schicksal einer Mutter, die im Lager Fünfeichen einem Jungen das Leben geschenkt hat und dann von ihm über zwei Jahre getrennt leben mußte.

Ein zweiter wichtiger Tagesordnungspunkt war der Vortrag der Geschichtsstudentin Stefanie Stange. Über die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen und von einigen Mitgliedern direkt hat sie 175 überlieferte und noch gut erhaltene Kassiber zur Auswertung erhalten. Die geheimen Botschaften in den Kassibern sind sehr vielgestaltig und auch sehr unterschiedlich im Umfang. Deutlich wurde bei der



Auswertung, daß sie vor allem aus der Zeit von Mitte 1945 bis Mitte 1946 stammen, später war es kaum noch möglich, Kassiber zu schreiben und nach draußen zu schmuggeln.

Den Abschluß dieses für die Teilnehmer wieder sehr interessanten Treffens bildete ein gemeinsamer Besuch der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen und die Kranzniederlegung am südlichen Gräberfeld.

Obwohl die Arbeitsgemeinschaft mit ihren über 750 Mitgliedern auf eine sehr positive Mitgliederentwicklung zurückblicken kann, sinkt der Anteil der noch lebenden ehemaligen Häftlinge leider immer schneller. Um so wichtiger ist jeder Erlebnisbericht dieser Gruppe für die Erinnerungsarbeit zukünftiger Generationen. ■

OEZ Berlin-Verlag

Unser Verlag bietet Autoren Publikationschancen zu folgenden Themen:

- Osteuropäische Kultur, Politik und Wirtschaft
- Geschichte der SBZ/DDR
- Biographien europäischer Persönlichkeiten
- Autobiographien
- Geschichte und Geschichten aus und über Osteuropa

Manuskripte bitte nur nach vorheriger telefonischer Absprache zusenden.

Kontakt: Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail info@osteuropa-zentrum.de ■

20 Jahre Robert-Havemann-Gesellschaft

Am 19. November 1990 gründeten 20 Mitglieder und Unterstützer der Bürgerbewegung Neues Forum die Robert-Havemann-Gesellschaft. Bis heute setzt sich der Verein für die Erinnerung an oppositionelles und widerständiges Handeln gegen die DDR-Diktatur ein. Fundament seiner Arbeit ist ein Archiv, dessen Bestand von Dokumenten des frühen Widerstands in der SBZ bis zu Belegen aus den letzten Tagen der DDR reicht. Das „Archiv der DDR-Opposition“ ist inzwischen international bekannt und enthält die größte und bedeutendste nichtstaatliche Sammlung von Zeugnissen der DDR-Opposition. ■

Bundesverdienstkreuz für Mitglieder der „Gruppe Gedowsky“

Am John-Brinckman-Gymnasium in Güstrow erinnert eine Gedenktafel an Karl Alfred Gedowsky, der bis 1948 Schüler dieser Schule war, als Student in Rostock wegen Widerstands gegen das kommunistische System verhaftet und in Moskau erschossen wurde. Weitere sieben junge Menschen standen damals mit ihm vor einem sowjetischen Militärtribunal. Jetzt sind die letzten der mit ihm Verurteilten auf Betreiben des Verbandes Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

Werner Stichelbröck, der als Eisenbahner das damals verbotene Material unkontrolliert von Berlin nach Rostock bringen

konnte, hat die Auszeichnung nicht mehr entgegennehmen können. Vor wenigen Monaten ist er verstorben. Brunhild Wenning erhielt bereits im letzten Sommer vom bayerischen Innenminister die Auszeichnung überreicht und Dr. Alfred Gerlach wurde am 12. November 2010 im historischen Rathaus von Bocholt in einer Feierstunde geehrt. 1951 war er gemeinsam mit Karl Alfred Gedowsky zum Tode verurteilt, aber glücklicherweise in Moskau zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt worden. Nach fast 60 Jahren ist ihr Einsatz für Freiheit und Demokratie mit hoher Auszeichnung gewürdigt worden.

Peter Moeller

Suchanzeigen

Wer kennt Thomas Müller?

Für eine Dokumentation, die in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur realisiert wird, suchen wir Thomas Müller, der am 26. April 1960 in Leipzig geboren wurde. Anfang der 80er Jahre wohnte er als Jugendlicher in der Trötzschelstraße Nr. 4 in Leipzig.

Thomas Müller wurde am 6. September 1981 beim Versuch, über Bulgarien in die Türkei zu fliehen, an beiden Beinen schwer verletzt. Das linke Bein verlor er ganz. Nach schmerzvollen Wegen kam er ins Gefängnis nach Brandenburg-Görden. Dort hat ihn der Mithäftling Roland Garve (Zahnarzt, geplante Republikflucht, zwanzig Monate Haft) kurz kennengelernt. Anderen Gefangenen ist das Schicksal von Thomas Müller ebenfalls in Erinnerung. Leider ist nicht bekannt, wo Thomas Müller heute wohnt. Die Leipziger Meldestelle schreibt: „nach unbekannt verzogen“.

Wer kennt Thomas Müller und kann den heutigen Wohnort nennen? Wir möchten mit ihm Verbindung aufnehmen, um mehr über seine Geschichte zu erfahren.

Anlaß unserer Recherchen ist der Mauerbau vor einem halben Jahrhundert. Hinweise bitte an: info@kunorichter.de

Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Freya Klier/Andreas Kuno Richter

Zeitzeugen Volkspolizei-Präsidium Keibelstraße

Die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. sucht Zeitzeugen, die Auskunft über Erlebnisse bzw. Widerfahrnisse im Volkspolizei-Präsidium „Keibelstraße“ am Berliner Alexanderplatz (Zeitraum: 1948 bis 1990) geben können:

- Häftlinge, die zeitweilig in der Keibelstraße gefangengehalten wurden
- zu Verhören, „Sachverhaltsklärungen“ oder anderem Vorgeladene bzw. „Zugeführte“
- Mitarbeiter und Beschäftigte im ehemaligen Volkspolizei-Präsidium

Kontakt: Gerold Hildebrand, Tom Sello, c/o Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Tel. (030) 44 71 08 18, E-Mail info@havemann-gesellschaft.de

Stasi-Forscher: Jeder 33. Berufstätige war beim MfS

Buchklassiker über inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit ist wieder erhältlich

(uokg) Mit Mitteln der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und anderer Opferverbände ist das Standardwerk über inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR wieder erhältlich. Es ist nach dem Kölner Stasi-Experten Dr. Karl Wilhelm Fricke von „grundlegender Bedeutung“ und ein „hochkarätig informatives Dokumentarwerk“, das die IM-Forschung „nachhaltig beeinflussen und prägen wird“.

Zuletzt gab es 280 000 hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Bei einer Bevölkerung von 16,7 Millionen – Säuglinge, Vorschul- und Schulkinder darin eingeschlossen – waren also 1,7 Pro-

zent für das MfS aktiv. Doch handelt es sich bei IM und Hauptamtlichen des MfS regelmäßig um Berufstätige (darunter nur 17 Prozent Frauen-IM). Demnach waren von den 8,6 Millionen Berufstätigen 3,3 Prozent inoffizielle oder hauptamtliche Mitarbeiter des MfS.

Seit 1996 gibt der Wissenschaftler Dr. Helmut Müller-Enbergs für die Stasi-Unterlagenbehörde die Reihe „Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit“ heraus, von der bislang drei Bände vorliegen. Sie sind für alle, die sich mit dem Thema befassen - Gerichte, Untersuchungsausschüsse, Personalkommissionen, Wissenschaftler und Betroffene –, ein unverzichtbares und

uneingeschränkt anerkanntes Grundlagenwerk. Der erste Band befaßt sich mit den Regeln für die Arbeit mit IM in der DDR, der zweite Band mit den Agenten in der Bundesrepublik und der dritte Band enthält alle verfügbaren IM-Statistiken – von Apolda bis zur Zentrale in Berlin. Der erste Band war jedoch vergriffen und ist nun in der vierten Auflage im Buchhandel wieder erhältlich. Der dritte Band konnte mit Mitteln der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen in Druck gehen.

.....
Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien. Berlin: Chr. Links Verlag 2010, 544 S., 19,90 €

Die letzten 199 Tage der DDR

Nach den ersten freien Wahlen der DDR im März 1990 sieht die neue Regierung in Ost-Berlin unter Ministerpräsident de Maizière ihre Hauptaufgabe darin, die Einheit Deutschlands zu vollenden – und damit ihr eigenes Ende herbeizuführen. Heute sind die letzten 199 Tage der untergehenden DDR eine fast vergessene Zeit. An sie aber will das Buch mit verschiedenen Beiträgen von Menschen erinnern, die damals auf östlicher Seite den Prozeß der Wiedervereinigung mitgestalteten. Die meisten von ihnen stießen im Herbst 1989 spontan zur Politik. Zuvor waren sie Wissenschaftler, Theologen und Techniker, die sich nun mit unglaublicher Motivation und einem starken Gestaltungswillen auf die vielen zu bewältigenden Herausforderungen konzentrierten. Erschwerend wirken ihre fast primitiven Arbeitsmöglichkeiten; zudem stellt sich bei jedem neuen Mitarbeiter zwangsläufig die Frage, ob er loyal oder der jetzigen Entwicklung gegenüber feindselig eingestellt ist: „Eigentlich konnte man sich auf niemanden so richtig verlassen.“

Recht bald macht sich Enttäuschung über Westdeutschland breit, wo die neue DDR-Regierung zuweilen herablassend als „Laienspielschar“ abgetan wird. Hatten die „Ossis“ in ihrer vielleicht zu gutgläubigen, jedenfalls patriotischen Haltung eine herzliche Umarmung der „Wessis“ erwartet, so bleibt diese allzu oft ziemlich hölzern. Das Verhältnis de Maizières zu

Kanzler Kohl ist sachlich korrekt, aber niemals freundschaftlich. „Die beiden deutschen Brüder sind zu unterschiedlich. Das sind eben zwei Welten“, heißt es im Buch. Der neue DDR-Ministerpräsident achtet zudem sehr auf Gleichberechtigung gegenüber dem Westen, doch rasch wird ihm klar, daß er die Herrschaft über seine eigenen Entscheidungen zur Bundesrepublik verliert. Von den Beratern aus Bonn sind zweifellos nicht wenige an der neuen Arbeit in der DDR interessiert und ehrlich bemüht, sich in die dortige – letztlich fremde – Wesensart der Menschen einzufühlen. Sehr viele aber denken primär an ihre eigene Karriere. Ihre Kenntnisse über die bisherige DDR-Welt sind durchweg minimal, erschwerend wirkt nach Empfinden der Bevölkerung ihre häufige „Siegermentalität“ – sie wissen (angeblich) alles besser. Der Unterschied zwischen einem solchen West-Berater und einem DDR-Bürger ist „unheimlich groß“, muß die neue Ministerin für Sport und Jugend verbittert und resignierend feststellen. Aber auch am Rhein, so ist der allgemeine Eindruck, scheint man bei manchen Fragen der Wiedervereinigung überfordert zu sein und ist man überhaupt nicht vorbereitet (obwohl es doch genügend Anzeichen für die Veränderungen gab).

Ein großes Problem sind die Siegermächte. Als der Sowjet-Botschafter in Ost-Berlin de Maizière zum – zu SED-Zeiten üblichen – Rapport bestellt, antwortet dieser selbstbewußt, jener könne bei ihm



um einen Termin nachsuchen, Befehle nehme er nicht mehr entgegen. In Moskau allerdings wird Gorbatschows Position zusehends schwächer. Es mehren sich die Stimmen gegen die deutsche Einheit, verliert man mit der DDR doch ein wichtiges Einflußgebiet als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges. Nach Ansicht eines prominenten Bürgerrechtlers werden unter dem Druck dieser Situation bundesdeutsche Gesetze einfach der Volkskammer übergestülpt. Aber vielleicht gab es tatsächlich keinen anderen Weg (mehr)? Vom Treffen Gorbatschows und Kohls im Kaukasus werden die Noch-DDR-Parlamentarier weder durch die Russen noch durch Außenminister Genscher informiert, sie erfahren es erst aus der Presse. Es ist für sie eine heftige Brückierung, die deutlich erkennen läßt, daß Ost-Berlin aus dem Spiel ist. Alle Verhandlungen über



die Wiedervereinigung werden nur noch zwischen Bonn und Moskau geführt.

In der DDR drängen die Menschen auf die Einheit mit all ihren Freiheiten, derselben Währung und dem möglichst gleichen Lebensniveau. Juristische Fragen – ob Wiedervereinigung in Augenhöhe oder bloßer Beitritt zur Bundesrepublik – interessieren sie kaum. Die meisten werden deren Tragweite auch kaum ermessen haben. Nach der Währungsangleichung kaufen sie überwiegend nur noch neue westliche Waren. Die Folge: DDR-Betriebe können ihre Produkte nicht mehr absetzen, außerdem bricht ihr umfangreicher Export nach Osteuropa zusammen. Ein Staatssekretär im DDR-Finanzministerium spricht von Kräften, „die in der Ära Breuel die Privatisierung der volkseigenen Betriebe in unverantwortlicher Weise vorangetrieben haben, so daß praktisch die industrielle Grundlage des Landes weitgehend zerstört wurde“. Seine These, ein Drittel von ihnen hätte sich weiterhin behaupten können, ein weiteres sei sanierungsfähig gewesen, wird am Rhein in Abrede gestellt.

Wenn DDR-Innenminister Diestel das MfS als „den qualifiziertesten, effektivsten Geheimdienst“ der Welt bezeichnet, so ist das reichlich übertrieben. Woher weiß er das überhaupt, hatte er je Vergleichsmöglichkeiten, um das seriös beurteilen zu können? Von Opfern des Regimes spricht auch er leider kaum.

Trotz mancher Fehler erachtet de Maizière den Einigungsvertrag als ein Meisterwerk. Kritiker sollten sich tatsächlich einmal fragen, wie die DDR heute aussähe, wenn damals die Wiedervereinigung nicht erreicht worden wäre. Unstrittig ist, daß ohne die Währungsunion die DDR spätestens im Sommer 1990 bei ihren Auslandsschulden an Devisen in Höhe von etwa vier Milliarden Mark völlig zahlungsunfähig gewesen wäre.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

.....
Ed Stuhler: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Chr. Links Verlag, Berlin 2010, 248 S., 19,90 €

Vereinigungsgeschichten

Im 20. Jahr der deutschen Einheit legt der Autor Lutz Rathenow ein ganz besonderes Buch zur Einheit vor - ein bebildertes für Erwachsene. „Der Liebe wegen“ lautet der Titel. Zwei Vereinigungsgeschichten werden erzählt, eine märchenhaft historische und eine ganz städtisch moderne. Dabei unterstützen Rathenow die Illustrationen des bildenden Künstlers Frank

Ruprecht. Autor, Illustrator und Verlag haben nach einer neuen Form für das zunehmend post-alphabetische Zeitalter gesucht. Denn Lutz Rathenow präsentiert mit dem neuen Buch eine cineastische Textvorlage über Berlin und die heutige Großstadt. So wird die Schrift durch eine zeitgenössische Art der Bild-Begleitung verlebendigt, weshalb wir hier einem Werk begegnen, das eine geradezu frohgemute Gratwanderung zwischen Comic und Comic-Roman unternimmt. Wenngleich Rathenows ursprüngliche Absicht, als erster Autor seiner Generation einen Manga (japanischer Comic – d.Red.) vorzulegen, sich somit am Ende nicht erfüllt hat – die wortlose Präsenz seiner Texte ganz in Bilder übersetzt, ertrug er dann doch nicht -, ist das Ergebnis verblüffend. Schließlich verweigert sich der schmale Band der gängigen Einordnung. Einerseits könnte daraus geschlossen werden, daß Lutz Rathenow, noch deutlicher als in seinem jüngsten Gedichtband „Gelächter, sortiert“, eben nicht nur als Dissident wahrgenommen werden möchte. Zugleich aber scheint es, als schreibe dieses Buch ein ästhetisches Außenseitertum fort. Daß Rathenow freilich seine politischen Erfahrungen nicht leugnet, belegt

Über Musik kann man am besten mit Bankdirektoren reden. Künstler reden ja nur übers Geld.

Jean Sibelius

Über Aufarbeitung reden kann man mit allen, die den Stacheldraht lesen.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Veranstaltungen

23.12. (Do), 10.30 Uhr:

TV-Sendung „**65. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen**“ am 4. September 2010, Teil II. Vorträge zur Geschichte des Lagers und der SBZ/DDR. Wiederholung: 28.12., 1.00 Uhr; Filmdokumentation von Detlef u. Margarita Stein, Produktion d. OEZ Berlin; History TV, Berliner Kabelprogramm des OKB

28.12. (Di), 9.00-17.00 Uhr:

Bürgersprechstunde der BStU in Cottbus. Anträge auf persönliche Akteneinsicht und weiterführende Auskünfte; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Technisches Rathaus (Spree-Galerie), Raum 3.073, Karl-Marx-Str. 67, 03044 Cottbus

28.12. (Di), 10.00-18.00 Uhr:

Bürgersprechstunde der BStU in Potsdam. Veranstaltung d. BStU Berlin; Ort: Gedenkstätte Lindenstr. 45/55, 14467 Potsdam

30.12. (Do), 10.30 Uhr:

TV-Sendung „**65. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen**“ am 4. September 2010, Teil III. Vorträge zur Geschichte des Lagers und der SBZ/DDR. Wiederholung: 4.1., 1.00 Uhr; Filmdokumentation von Detlef u. Margarita Stein, Produktion d. OEZ Berlin; History TV, Berliner Kabelprogramm des OKB

30.12. (Do), 14.00-18.00 Uhr:

Besuchertag. Führungen im Archivbereich 14.30 Uhr u. 16.30 Uhr, Antragstellung auf persönliche Akteneinsicht und Beratung, Ausstellungen „Wer ist wer?“, „Ausreis(B)en oder Dableiben“ u. „Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit“, Erwerb v. Publikationen u. Informationsmaterial; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: BStU Außenstelle, Riesaer Str. 7, Seiteneingang C, 01129 Dresden

12.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Das Verhältnis von SED und MfS. Vortrag v. Dr. Helge Heidemeyer, Abteilung Bildung u. Forschung d. BStU, Berlin; Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

20.1. (Do), 19.00 Uhr:

Das Wirtschaftssystem der DDR. Ein Sozialstaat auf Pump? Vortrag u. Diskussion mit Dr. Matthias Judt, Zentrum f. Zeithistorische Forschung, Potsdam, im Rahmen der Reihe „Schön war die Zeit...?“; Veranstaltung d. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Roncalli-Haus, Max-Josef-Metzger-Str. 12/13, 39104 Magdeburg



26.1. (Mi), 19.00 Uhr:

Berlin 1961. Abstimmung mit den Füßen, internationale Zuspitzung und der sich wandelnde Alltag von Millionen. Foto-Trailer von Elena Demke, anschließend Podiumsdiskussion; Veranstaltung der Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Nikolaikirche, Nikolaikirchplatz 5, 10178 Berlin

27.1. (Do), 19.00 Uhr:

„Was dann losging, war ungeheuerlich...“ Frühe Konzentrationslager in Sachsen 1933-1937. Ausstellungseröffnung der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

3.2. (Do), 19.00 Uhr:

Schulen in der DDR. Vortrag u. Diskussion mit Elke Urban, Leiterin des Schulmuseums, Leipzig, im Rahmen der Reihe „Schön war die Zeit...?“; Veranstaltung d. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Roncalli-Haus, Max-Josef-Metzger-Str. 12/13, 39104 Magdeburg

9.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Herrschaftsalltag der regionalen Funktionselite im Spannungsfeld zwischen zentralen Vorgaben und Eigeninteressen. Vortrag v. Dr. Heinz Mestrup, Münster; Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

11.2. (Fr) – 13.2. (So):

Die DDR – Mythos und Wirklichkeit. Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung; Ort: Bildungszentrum Schloß Eichholz, in Wesseling bei Bonn; Informationen u. Anmeldung : Barbara Rausch, Tel. (022 36) 707 42 57, E-Mail barbara.rausch@kas.de

17.2. (Do) – 19.2. (Sa):

Die Diktatur in der Provinz. Nahaufnahmen der SED-Herrschaft. Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen u.a.; Ort: Zinzendorfhaus Neudietendorf/Thüringen; Information und Anmeldung (bis 20. Januar 2011): Julia Büchner, Evangelische Akademie Thüringen, Zinzendorfplatz 3, 99192 Neudietendorf, Tel. (03 62 02) 98 40, E-Mail buechner@ev-akademie-thueringen.de

Das Zitat

Demokratie setzt die Vernunft
des Volkes voraus,
die sie erst hervorbringen soll.

Karl Jaspers

auch das in diesem Jahr erschienene Buch zu den Stasi-Akten von Günter Grass im Chr. Links Verlag, zu dem er einen wichtigen Kommentar beisteuerte.

„Der Liebe wegen“ ist nicht unpolitisch, nur zeigt sich die politische Grundierung anders als erwartet. Vor allem aber bezeugt das Buch einmal mehr, daß Rathenow derzeit wie kein anderer deutscher Belletrist, der vom reinen Text her kommt, den spannungsreichen Ko-Existenz-Zustand von Bild und Text anstrebt. Besondere Freude machen die hinreißend frischen wie frivolen Zeichnungen von Frank Ruprecht. Diese sind so gesetzt, daß sie mit den lakonisch-vertrackten Texten Rathenows zu einem Film verschmelzen, wobei die Ablaufgeschwindigkeit des hier entstehenden Kopfkinos in der Hand des Lesers bleibt. Er kann diese beim Blättern selbst bestimmen. Da „Der Liebe wegen“ ein im wörtlichen Sinn zu verstehendes „Wende-Buch“ ist - beide Geschichten treffen sich in der Mitte -, zeigt es überdies: Die Wirklichkeit, im Leben wie in der Kunst, steht zuweilen Kopf.

Christian Dorn

.....
*Lutz Rathenow, Frank Ruprecht: Der Liebe wegen. Ein Wende-Buch mit Vereini-
gungsgeschichten. Edition Buntehunde,
Regensburg 2009, 42 S., 29 Ill., 14,90 €*
.....

Freiwild

Nach dem verfilmten Buch „Eine Frau in Berlin“ von Anonyma ist inzwischen ein weiterer Bericht über das schwere Schicksal deutscher Frauen im Zweiten Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur 1945 erschienen. Ingeborg Jacobs hat mit kühler Sachlichkeit die Dokumentation erarbeitet, doch gerade deshalb wirkt alles besonders bedrückend. Erschütternd beispielsweise der Massen-Freitod von Frauen, Kindern und Männern im Glambecker See in Neustrelitz – es sollen mehr als 730 gewesen sein.

„Was nach dem Kriege passierte, müssen Sie vergessen“, wurde den Frauen in der Sowjetischen Besatzungszone gesagt. Das Bild der „sowjetischen Befreier“ sollte nicht mit solchen Verbrechen in Verbindung gebracht werden. Viele Frauen, die schreckliche Erlebnisse hatten, schwiegen bis zum Untergang der DDR-Diktatur, einige bis heute. Inzwischen sterben die Zeitzeugen aus, und es ist wichtig, daß dieses düstere Kapitel deutscher Geschichte aufgearbeitet wird.

Der Bericht besteht aus sechs Teilen: Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Königsberg, Berlin und Mecklenburg. Dabei wird auch deutlich, wie statt der in Jalta von der Anti-Hitler-Koalition beschlossenen „geordneten und humanen Umsiedlung“ eine brutale Vertreibung von Millionen Menschen durchgeführt wurde. Wer dieses Werk liest, wird es nicht ohne tiefe Erschütterung tun, doch es ist ein notwendiges Buch und deshalb unbedingt empfehlenswert.

A.O.

.....
*Ingeborg Jacobs: Freiwild. Das Schicksal
deutscher Frauen 1945. Ullstein TB Verlag,
Berlin 2009, 232 S., 8,95 €*
.....

Buchtip

Todfeinde – Komplizen – Kriegsbrandstifter

Der Hitler-Stalin-Pakt und die Folgen

Von Richard Buchner

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig
2010, 208 S., 22,- €

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist,
ist wegen Elternzeit erst ab
15.2.2011 wieder erreichbar.

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16
Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63
32, E-Mail bsv-beratung@gmx.de
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen. Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Dezember und Januar Geburtstag haben:

Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willy Jebautzke am 13. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Gerhard Balzert, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch, Brigitte Schäfer am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Martin Zillmer am 26. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember, Dr. Egon Weber am 5. Januar, Günther Zogbaum am 7. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jutta Jäzoch am 14. Januar, Helmut Stieler am 15. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Günter Koch am 22. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar, Lothar Nöther am 31. Januar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich die Redaktion

Spender

Die Spender des BSV Berlin und des „stacheldrahts“ aus dem Monat November können erst in der nächsten Ausgabe genannt werden, weil die Kontoauszüge vor Fertigstellung dieser Ausgabe noch nicht eingetroffen waren.

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Konto-Nr. 66 72 98 400
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Nr. 665 52 45 01
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändeoordination: Carola Schulze,
Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14,
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche
Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG
BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110,
IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Dezember 2010



Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Norderneyer Badezeitung...

Man kann nicht alle lesen - aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenueckblick@gmx.de.

Da lacht der Klassenfeind

„Die Familienverhältnisse sind geordnet. Der älteste Bruder ist Angehöriger des MfS, der zweite Bruder kriminell gefährdet.“

(Zitiert nach: Konjak, Deutsche Vita und der normale Hahn, BStU Halle 2010)

Archivführungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür 14.30 – 17.00 Uhr statt.

Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

In eigener Sache

Um den STACHELDRAHT auch in Zukunft herstellen und versenden zu können, müssen wir mehr Eigenmittel aufbringen. Erneut haben sich auf unsere Bitte hin viele Leser, die ihn bisher kostenlos erhielten, entschlossen, den halben Abo-Preis von 4,50 Euro zu entrichten. Wir danken allen herzlich und hoffen auf weitere freiwillige Abonnenten.

Die Redaktion

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. 1 Stunde und kostet 5 Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig
Flurstück 439, 04827 Machern
Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker
Öffnungszeiten: jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr
Bürgerkomitee Leipzig e.V.
Tel. (03 41) 961 24 43
Fax (03 41) 961 24 99

Bürgerberatung

der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24-70 00
Montag bis Donnerstag 8.00 – 17.00 Uhr
Freitag 8.00 – 14.00 Uhr

Grotewohl-Expreß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresses“ an.
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.